



# HEINRICH BÖLL STIFTUNG

## POLITISCHER JAHRESBERICHT

**Regionalbüro Südostasien  
Chiang Mai, Thailand**

**Autorin: Dr. Heike Löschmann, Büroleiterin**

**Co-Autor: Dominik Jozic, Praktikant im Regionalbüro von April bis Juni 2005**

### **Inhalt**

#### **Länderberichte**

1. Thailand	S. 2-11
2. Burma/Myanmar	S.12-20
3. Kambodscha	S.20-27
4. Malaysia	S.27-33

### **1. Thailand**

#### **1. Erneuter Wahlsieg von Thai Rak Thai im Februar 2005 mit Niederlage im Süden**

Die Regierung von Premierminister Thaksin Shinawatra war 2004 in ihrem vierten Amtsjahr und hält allein damit einen Kontinuitätsrekord. Anfang 2005 fanden Neuwahlen statt, aus denen die bisherige Regierungspartei Thai Rak Thai erneut als überragender Sieger hervorging. Die TRT-Partei gewann 377 Mandate (gegenüber 248 zuvor) und damit eine Dreiviertelmehrheit im Parlament. Nahezu alle Mandate konnte sie in den Nord- und Zentralprovinzen erlangen. Gegen alle Voraussagen gewann

Thaksins Partei selbst in Bangkok 32 der 37 Direktmandate. Dort mag die gewachsene Popularität von TRT mit dem professionellen Management der Tsunami-Krise zum Jahresbeginn zu erklären sein. Südlich von Phuket beginnt allerdings die beinahe ausschließliche Einflussosphäre der Demokratischen Partei mit 96 Sitzen gegenüber zuvor 127 (Chat Thai, gewann 25 (zuvor 41)) Sitze in den verschiedenen Regionen des Landes und die Neugründung Mahachon, eine Splitterpartei der Demokraten, zwei Sitze. Neu ist, dass die Demokraten, die ihre Einflussgebiete aufgrund gewachsener Strukturen bisher nur im buddhistischen Süden hatten (der CSU in Bayern vergleichbar), nunmehr auch die drei muslimischen Kernprovinzen dazu gewonnen haben. Das ist Ausdruck des Unwillens der dortigen Wähler gegen die Gewalt der Sicherheitskräfte und die Lösungsversuche der Regierung. Angesichts der anhaltenden Konfliktsituation im Süden des Landes (s. pol JB 2003) birgt diese politische Zweiteilung weiteres Konfliktpotential. Mit dem Wahlergebnis hat Thaksin sein angestrebtes Ziel erreicht, wengleich der komplette Verlust des Südens an die Opposition ein harter Schlag ist.

## **2. Warnungen vor einer parlamentarischen Diktatur**

Erstmalig in der Geschichte des Landes stellt nur eine Partei die Regierung. Das Wahlergebnis stellt eine weitere Einschränkung demokratischer Kontrollmöglichkeiten in Thailand dar. Der Opposition ist es jetzt unmöglich, selbst einzelne Minister im Parlament in einer Vertrauensdebatte zu kritisieren. Zudem ist die Regierungspartei zukünftig in der Lage, durch eine Zweidrittelmehrheit allein Verfassungsänderungen zu beschließen. Kritische Stimmen der Zivilgesellschaft warnen vor einer „parlamentarischen Diktatur“ durch Thaksin. Diese Warnungen waren auch während der Wahlkampfphase überall hörbar, und die Partei der Demokraten hatte vor allem mit dem Argument geworben, eine starke Opposition als kontrollierende Kraft im Parlament zu installieren, statt sich programmatisch zu profilieren.

Dass sich Thaksin zum Erreichen seiner Ziele über rechtsstaatliche Prinzipien hinwegsetzt und Menschenrechte ignorierte (siehe Abschnitte 6 bis 8), hat bislang für den Großteil der Bevölkerung nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Selbst das autokratische Management der Vogelgrippe 2004 und die Eskalation der Unruhen im Süden des Landes (siehe Abschnitt 6) taten der Wahlentscheidung für ihn keinen Abbruch. Das kann allerdings nicht in gleicher Weise von seinem Beliebtheitsgrad gesagt werden. Selbst innerhalb der eigenen Partei gibt es Spannungen, aber damit nicht genug, es wird immer deutlicher, dass er selbst unter denen, die ihn (oft auch aus Mangel an einer vernünftigen Alternative) gewählt haben, an Popularität eingebüßt hat. Indikatoren dafür sind seine Schweigetage zu Amtsantritt, das Gelöbnis, Kritikern und anders Denkenden zuzuhören oder jüngst sein „Elder Statesman“-Auftreten, als ein Versuch, sich aus der unmittelbaren Schusslinie zu nehmen, andere „machen“ zu lassen und zu „delegieren“. Damit hat er aber automatisch weniger direkten Einfluss auf Entscheidungen, was einem leichten, wengleich nicht entscheidenden Machtverlust gleich kommt.

Ausschlaggebend für den Wahlausgang waren beim Wahlvolk allerdings die sichtbaren Erfolge der ersten Amtszeit, in erste Linie beim Wirtschaftswachstum (siehe Abschnitt 2) und der Armutsbekämpfung. Darüber hinaus gelang es der Opposition nicht, geschlossen aufzutreten und in-

haltliche Alternativen zum Programm der TRT zu vermitteln. Die Abspaltung eines Flügels der Partei Mitte 2004 schwächte die Demokraten zusätzlich und machte es nahezu unmöglich, mindestens 201 Sitze im Parlament zu erreichen und somit eine absolute Mehrheit der TRT zu verhindern. Thaksin wies jegliche Vorwürfe eines nicht-demokratischen Führungsstils von sich und empfahl seinen Gegnern nach dem Wahlsieg, ihn in vier Jahren an seinem Erfolg zu messen. Darüber hinaus versprach er, die Bildungssituation zu verbessern und den Kampf gegen die Drogen (siehe Abschnitt 7) fortzusetzen. Auch zur Achtung der Menschenrechte äußerte sich Thaksin und kündigte - vor allem mit Blick auf seine gefährdete internationale Reputation - Verhandlungen mit allen Seiten an, um die Standards zu erhöhen. Unerwähnt blieb allerdings das in allen Gesellschafts- und Wirtschaftsebenen weit verbreitete Problem der systemischen Korruption. Zwar konnte sich Thailand im globalen Korruptions-Ranking von Transparency International um sechs Ränge verbessern, für 2004 befindet sich das Land aber immer noch auf einem unbefriedigenden 64. Platz und liegt damit weit hinter dem Nachbarland Malaysia (39. Platz) zurück, das für seine chronische Korruption auch immer noch in der Kritik von Investoren steht.

### **3. Entwicklung von Wirtschaft und öffentlichen Dienstleistungen**

Der wirtschaftliche Erfolg Thailands setzte sich auch in 2004 fort und wird 2005, wenngleich vermindert, anhalten. Mit einer Wachstumsrate von 6,1 Prozent im vergangenen und einer erwarteten Rate von 5,6 Prozent, die allerdings für das zweite Quartal auf 3-4 % herunter korrigiert wurde, kann Premierminister Thaksin immer noch eine positive Bilanz vorweisen, die als Nebeneffekt auch eine Abnahme der Arbeitslosenzahlen mit sich gebracht hatte<sup>1</sup>. Wesentlich beigetragen zu dieser Bilanz haben unter anderem die Investitionen in die Infrastruktur der beiden Großstädte Bangkok und Chiang Mai, die vor allem der Baubranche zugute kamen. Auch die Einführung einer (wenngleich durch administrative Probleme heftig geplagten) Krankheitsversorgung zum Pauschalpreis von 30 Baht (rund 0,70 Euro) pro Behandlung sowie ein breit angelegtes Programm zur Armutsbekämpfung haben die Lebenssituation vieler Thailänder deutlich verbessert und sich gleichzeitig zu einem wirksamen Instrument zur Neuverschuldungsprävention privater Haushalte durch unvorhergesehene Krankheitsfälle entwickelt. Parallel dazu ist aber eine andere Form der Neuverschuldung privater Haushalte entstanden - die Konsum orientierte Verschuldung aufgrund niedriger Zinsraten und einfacher Auflagen für Kreditnehmer.

Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit betrachtet, wurde in der ersten Amtszeit Thaksins in Fortsetzung der Tradition von Vorgängerregierungen nur wenig Rücksicht auf Mensch und Umwelt genommen. Kritiker werfen dem Premierminister vor, sich ausschließlich um viele kleine, kurzfristig erfolversprechende Projekte gekümmert und keine strukturellen Verbesserungen erreicht oder sie erst gar nicht angestrebt zu haben. So hat Thailand beispielsweise nach wie vor ein stark reformbedürftiges Bildungssystem, in dem zu wenig Raum für selbständiges, kreatives Arbeiten und kritisches Denken existiert. Verbesserungen in diesem Sektor sind bislang durch Ankündigungen einer Bildungsreform oder halbherzige Versuche, auf Lerner zentrierte Unterrichtsmethoden umzusteigen zwar auf die Tagesordnung gesetzt worden, lassen sich aber

---

<sup>1</sup> Quelle: Bank of Thailand. [www.bot.or.th](http://www.bot.or.th).

nicht kurzfristig und auch nicht durch „Reförmeln“, sondern nur durch umwälzende Reformen umsetzen. Dafür scheint allerdings der politische Wille zu fehlen. Aber ein Land, das mehr als nur günstig produzieren und exportieren will, kann letztendlich nicht auf gut ausgebildete Fach- sowie kreative und eigenständig denkende Führungskräfte verzichten<sup>2</sup>.

Im Energiesektor wurde die lange angestrebte Privatisierung der staatlichen Energiebehörde EGAT bis heute nicht umgesetzt. Thaksins Pläne, das größte Staatsunternehmen mit einem Gewinn von ca. 400 Billionen Baht (8 Mrd. Euro) in einen starken staatlichen Konzern mit privater Beteiligung umzuwandeln, scheiterten bislang am Widerstand der EGAT-Angestellten, die mit den Bedingungen, die sich durch eine Privatisierung ergeben würden, nicht einverstanden waren. Um die Arbeiter zu einer Zustimmung zu bewegen, wurde ihnen im Mai 2005 eine Lohnerhöhung von 15 Prozent in Aussicht gestellt, falls das Unternehmen privatisiert werde. Gewerkschaftsvertreter werteten dieses Angebot jedoch als Trick ab, um die unentschlossenen Mitarbeiter zu beeinflussen und von drohenden Entlassungen bei der Beteiligung privater Investoren abzuhalten..

#### **4. Geschlechterpolitik**

Die rasante Entwicklung des Schwellenlandes hat auch die wirtschaftliche und soziale Situation der Frauen positiv verändert. Im asiatischen Vergleich sind Frauen in Thailand, Malaysia und China wesentlich besser gestellt als beispielsweise in Japan, Taiwan oder Süd-Korea. Dies ergab eine Studie von MasterCard International. Als Hauptursache für das gute Abschneiden auf Spitzenplätzen wird Bildung, vor allem der hohe Anteil von Universitätsabsolventinnen in Thailand und Malaysia angeführt<sup>3</sup>. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, bestehen in den beiden Ländern gute Voraussetzungen für weitere Bemühungen um Gleichstellung der Geschlechter. Trotz dieser erfreulichen Ergebnisse ist aber nach wie vor eine allgemeine Benachteiligung, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor, auszumachen. So verdienen Frauen in der industriellen Fertigung nur 77 Prozent, im Dienstleistungsbereich nur 60 Prozent und in der Landwirtschaft nur 84 Prozent vom Gehalt des Mannes für die gleiche Arbeit. Diese Lohnungerechtigkeit wird oftmals mit einem ungleichen Bildungsstand begründet, dabei zeigt die Statistik, dass der Frauenanteil unter den Abiturienten, B.A.- und Master-Absolventen jeweils bei mindestens 50 Prozent liegt. Und trotz des hohen Bildungsniveaus schaffen es bei gleicher Geschlechterverteilung im öffentlichen Dienst nur (oder mit Blick auf weltweite Statistiken immerhin) 13,8 Prozent der Frauen in Spitzenpositionen. Frauen haben in Thailand erst in den letzten 20 Jahren Zugang zum Feld der parlamentarischen Politik erhalten. Für Frauen ist es besonders schwer, mit den langjährig existierenden Männernetzwerken zu konkurrieren, und auch die Medien werden weitgehend von männlichen Politikern kontrolliert und für ihre Zwecke manipuliert. Das erschwert den Zugang von Frauen in diesem für sie relativ neuen Betätigungsfeld. Im 500 Sitze umfassenden Parlament vertreten nur 43 Frauen die Hälfte der Bevölkerung,

---

<sup>2</sup> Siehe: The Nation, “Overdrive: The Thai economy rests on a foundation of sand” (22.04.05)

<sup>3</sup> Siehe: Master Index of Women’s Advancement in Asia/Pacific (2004). Quelle:

[www.mastercardinternational.com](http://www.mastercardinternational.com).

das sind weniger als 9 %, und auch im Senat sind es nur 10%. Nur 10% der örtlichen Kommunalverwaltungen sind mit Frauen an der Spitze besetzt. Insofern ist ihr Zugang zum politischen Willensbildungsprozess generell stark eingeschränkt. Führende Frauen- und Geschlechterpolitikerinnen in Thailand beklagen, dass Thaksin selbst kein gutes Vorbild für die Förderung von Frauen in Politik und Gesellschaft gibt, und solange er dafür nicht einsteht, werden andere kaum folgen. Minibudgets für Frauenpolitik werden als weitere Ursache einer derzeitig beklagten Stagnation benannt. Öffentliche Mittel, die nicht im Dienste einer bestimmten politischen Partei stehen, werden von diesen Kritikerinnen eingefordert, um an der Geschlechterfront für mehr Gleichberechtigung und ein Rollback in traditionelle Geschlechterrollen zu verhindern, eine Gefahr, die sich auch am Horizont der gesellschaftspolitischen Entwicklung Thailands abzeichnet. Solange ungleiche Geschlechterverhältnisse in den entscheidenden gesellschaftlichen Gremien erhalten bleiben, wird sich auch in den bildungsfernen Gesellschaftsschichten nichts am traditionellen Rollenverhältnis ändern. Und das scheint beabsichtigt. Thai Frauen in der Politik setzen Partei übergreifend auf die nächste Generation und die Ausbildung jüngerer Frauen für politische Ämter in den Parteien, der Regierung und auf der Ebene der Kommunalpolitik. Eine andere genannte Strategie ist die Arbeit mit den Medien für eine Veränderung von gesellschaftlichen Normen und Werten, die für eine Veränderung des Geschlechterverhältnisses in Richtung Geschlechtergerechtigkeit, und letztlich für dessen Demokratisierung nötig sind. Die Stiftung unterstützt Schritte in diese Richtung und wird ihr Engagement in diesem Bereich in den kommenden Jahren wieder verstärken.

## **5. Die Folgen des Tsunami**

Als am 26. Dezember 2004 der Tsunami über die Küstengebiete Süd- und Südostasiens hereinbrach, wurde auch Thailands Westküste, insbesondere die beiden Provinzen Phuket und Phangnga, schwer verwüstet. Von den insgesamt über 280.000 Toten oder Vermissten entfallen nach offiziellen Angaben rund 8.500 auf Thailand, darunter auch eine hohe Anzahl von Touristen<sup>4</sup>. Die Deutschen waren dabei als Nation am stärksten betroffen. 550 Personen sind als vermisst gemeldet, 452 Deutsche waren bisher identifiziert worden.

Es ist aber davon auszugehen, dass sich die reale Zahl der Todesopfer nach Schätzungen aus Kreisen der Bergungsteams auf etwa 50.000 beläuft, darunter eine sehr hohe Anzahl von nicht registrierten Wanderarbeitern aus Burma, die in den Touristenorten als Servicekräfte gearbeitet hatten. Dass diese Zahlen nicht unrealistisch sind, erklärt sich allein schon daraus, dass es ungewöhnlich ist, dass vor allen anderen Küsten die Zahl der Opfer bei durchschnittlich 15 % an der Gesamtbevölkerung lag, dass 2/3 der Fischfangflotte in den Häfen von Ranong unter burmesischer Flagge fährt und fast vollständig zerstört ist, dass pro Tourist 2,4 Personen Servicepersonal durchschnittlich zur Verfügung standen, die sich in weit größerem Umfang als offiziell zugegeben wird aus illegalen burmesischen ArbeitsmigrantInnen rekrutierten.

Der geschätzte Sachschaden beläuft sich auf rund 500 Millionen US-Dollar, wobei sich die Angaben im Laufe des Jahres vermutlich noch er-

---

<sup>4</sup> Siehe: The Nation, "3.000 still listed as missing" (23.02.05)

höhen werden. Dennoch gehen Experten davon aus, dass sich die Katastrophe nur unwesentlich auf das Wirtschaftswachstum im Jahr 2005 auswirken wird<sup>5</sup>, was sich allerdings als zu optimistisch abzuzeichnen scheint.

Abgesehen von den volkswirtschaftlichen Folgen gibt es, wie fast überall auf der Welt, auch in Thailand Geschäftemacher, die ihre Chance wittern und versuchen, aus dem Leid anderer Menschen Kapital zu schlagen.<sup>6</sup>.

## **6. Das Verhältnis zwischen Thailand und Burma/Myanmar**

Die traditionell angespannten Beziehungen zwischen Thailand und Burma haben sich trotz der mit der Amtsenthebung des bisherigen burmesischen Premierministers und Geheimdienstchefs Khin Nyunt verbundenen Turbulenzen im vergangenen Jahr (siehe dazu ausführlich unten/Link zum Burmateil) zumindest auf wirtschaftlicher Ebene verbessert. Vor allem für die strukturschwachen Grenzregionen zu Burma ist der Handel mit dem Nachbarland von existenzieller Bedeutung, da hier täglich mehrere Millionen Baht umgesetzt werden. Die Schließung von Grenzübergängen, wie etwa vor zwei Jahren, hat die grenznahen thailändischen Wirtschaftskreisläufe sehr negativ beeinflusst, weshalb die thailändische Seite alles daran setzt, eine Wiederholung zu vermeiden.

Thaksins Burmapolitik ist pragmatisch an den eigenen Interessen orientiert und deshalb von Widersprüchen nicht frei. Einerseits machte sich der Premierminister für die politische Integration Burmas in der ASEAN stark und schlug auch einen Kurs der politischen Annäherung ein. Im gleichen Atemzug erklärte er im Zuge seines „Drogenkrieges“ aber auch den Krieg gegen Laboratorien auf der burmesischen Seite, in denen die synthetischen Drogen hergestellt werden, die als Billigware den thailändischen Markt fluten und deshalb eine so starke Bedrohung darstellten. Das hatte auf thailändischer Seite erneut antiburmesische Ressentiments geschürt.

Ab dem 31. März diesen Jahres wurde der bereits vor zwei Jahren angekündigte Plan umgesetzt, etwa 3.000 bisher in den Städten lebende burmesische Flüchtlinge, die auf Ausreise in Drittländer warten, in grenznahe Lager umzusiedeln. Nach zähen Verhandlungen hatte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen diese Deportation bewilligt, da Thailand nicht zu den Unterzeichnern der UN-Menschenrechtskonvention gehört und die Thais die Maßnahme mit der Wahrung der nationalen Sicherheit zu rechtfertigen suchten. Letztendlich ist sie aber als politisches Zugeständnis an das Militärregime in Yangon zu betrachten. Mit der Verlegung verbindet sich gleichzeitig eine weitere Schwächung der ohnehin zersplitterten Demokratiebewegung der Exil-Burmesen, da in den Lagern mit dem Verbot von Mobiltelefonen und anderen Kommunikationsmitteln Koordination und der Kontakt zur Außenwelt unmöglich gemacht werden<sup>7</sup>. Nur einen Monat nach der Aktion wurden bereits die ersten Stimmen laut, die die Situation in den teilweise überfüllten Lagern kritisierten, woraufhin der UNHCR ankündigte, in Zusammenarbeit mit der Regierung die Lebensbedingungen der Flüchtlinge verbessern zu helfen. Die beste Hilfe besteht allerdings darin, die

---

<sup>5</sup> Siehe: Internationaler Währungsfond: World Economic Outlook 2005. Quelle: [www.imf.org](http://www.imf.org)

<sup>6</sup> Siehe: Der Spiegel 13/2005, „Zweiter Tsunami“

<sup>7</sup> Siehe: Human Rights Watch: „Thailand: Burmese Democracy Activists Targeted by Thai Government“ (29.03.05). Quelle: <http://hrw.org/english/docs/2005/03/29/thaila10381.htm>.

Ausreise in Drittländer zu beschleunigen. Gleichzeitig sollen für eine designierte Personengruppe Möglichkeiten der Eingliederung in die thailändische Gesellschaft ausgearbeitet werden<sup>8</sup>.

Heftige Kritik an der neuen Flüchtlingspolitik der thailändischen Regierung kam vor allem aus den Vereinigten Staaten, wo man die wirtschaftliche und politische Annäherung zwischen Bangkok und Yangon mit Sorge betrachtet. Da der US-Kongress das Handelsembargo gegen Burma aufrecht erhalten will, untergräbt die thailändische Regierung mit ihrem Verhalten diese Isolationsbemühungen. Nachdem Thailand im vergangenen Jahr US-Fördergelder zur Stärkung des eigenen Demokratisierungsprozesses erhalten hatte, ist der Kongress nun gewillt, Thaksin unter finanziellen und politischen Druck zu setzen und ihn zu einer Abkehr vom eingeschlagenen Kurs zu bringen<sup>9</sup>. Das scheint allerdings nicht sehr erfolgsversprechend, da Thaksin seine eigenen Prioritäten setzt und seine Politik auch unbeeindruckt von massiver Kritik aus den USA fortsetzen wird.

## **7. Gewalt im Süden Thailands**

Der bereits seit den 1970er Jahren latent existierende Konflikt in den drei südlichen, hauptsächlich von Muslimen bevölkerten Provinzen Yala, Pattani und Narathiwat hatte mit dem "Tak Bai-Zwischenfall" am 25. Oktober 2004 einen vorläufigen negativen Höhepunkt erreicht. Insgesamt 86 der mehr als 3.000 Demonstranten, die im Distrikt Tak Bai gegen wirtschaftliche und politische Diskriminierung auf die Strasse gegangen waren, kamen durch das brutale Eingreifen staatlicher Sicherheitskräfte ums Leben. Der größte Teil von ihnen starb beim Abtransport in das Inhaftierungslager Ingkayuth. Zahlreiche der vorübergehend festgenommenen Demonstranten wurden mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen auf Militär-LKWs übereinander gestapelt und erstickten bei der mehrstündigen Fahrt grausam. Als am 3. November immer noch 58 Demonstranten in einem Lager in Pattani festgehalten wurden, versuchte die Vereinigung der thailändischen Anwälte (Society of Thailand Lawyers), ein Treffen mit den Inhaftierten zu organisieren, um sie vor Gericht vertreten zu können. Das Militär verweigerte ihnen jedoch sowohl den direkten Kontakt als auch die Anwesenheit während der Verhöre.

Gleichzeitig begann im Gegenzug eine Anschlagsserie gegen Kaufhäuser, Hotels und Flughäfen, die höchstwahrscheinlich auf das Konto islamistischer Separatisten gehen<sup>10</sup>. Insgesamt kamen bei den Auseinandersetzungen seit Verhängung des Kriegsrechts im Januar 2004 mehr als 630 Menschen ums Leben. Eine Verbindung zu Terrororganisationen wie Al-Qaeda oder Jemaah Islamiah werden aber ausgeschlossen.

Premier Thaksin, der ein hartes Eingreifen gegen die Aufständischen angekündigt hatte, reagierte auf die Vorfälle von Tak Bai mit der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Die letztendlich der Fahrlässigkeit beschuldigten verantwortlichen Befehlshaber wurden an andere Dienstorte versetzt, weitere strafrechtliche Konsequenzen sind bis zum heutigen Zeitpunkt nicht gezogen worden<sup>11</sup>. Das empört nicht nur die Menschen des muslimischen Südens oder die Angehörigen der Opfer.

---

<sup>8</sup> Siehe: The Nation, "UN urges Thailand to improve camps" (26.04.05)

<sup>9</sup> Siehe: The Nation, "US-Thai Relations: Ties could turn sour over Burma" (18.04.05)

<sup>10</sup> Siehe: The Nation, "Terror in Hat Yai: Blasts hit airport, hotel and Carrefour" (04.04.05)

<sup>11</sup> Siehe: Human Rights Development in Thailand 2004. Quelle: Human Rights Watch [www.hrw.org](http://www.hrw.org).

Unterdessen betont die Regierung, dass es sich bei den Auseinandersetzungen einerseits zwar um kulturell-religiöse Spannungen, andererseits aber auch um Konflikte im Zusammenhang mit Schmuggel, Menschenhandel sowie Drogen- und Waffengeschäften handele. Lokale NRO-Vertreter berichten, dass oftmals unklar sei, welchem Kreis die Täter zuzuordnen sind, da sich ethnische und wirtschaftliche Interessen vermischen. Zahlreiche Analysten machen die Politik des Premierministers für die starke Zunahme gewalttätiger Auseinandersetzungen im Süden verantwortlich. Zwei entscheidende Faktoren sind sicherlich die fehlende Kontrolle der Regierung über das Militär sowie Thaksins mangelnde Bereitschaft zum Dialog mit Vertretern der muslimischen Minderheit<sup>12</sup>.

Nachdem auch innerhalb der eigenen Reihen die Kritik am kompromisslosen Kurs des Premiers immer lauter wurde, zeigt sich Thaksin Lösungsvorschlägen der Opposition und des Senats gegenüber offener. Als erste Sofortmaßnahme wurde die Aufstockung der finanziellen Hilfe für den Süden angekündigt. Unmittelbar nach den Wahlen hatte Thaksin allerdings den erneuten Zorn auf sich gezogen und seine Instinktlosigkeit unter Beweis gestellt, als er eine „Farben-Zonierung“ der drei Südpervenzen vorgeschlagen hatte: rote Label erhielten jene Kommunen, die als gegen die Regierung galten, grüne gingen an die regierungsfreundlichen und mit gelb wurden alle jene markiert, die als dazwischen liegend eingeschätzt wurden. In Abhängigkeit von der Farbe des Labels sollten Staatszuwendungen für Wirtschaftsförderung, Bildung und Soziales fließen – eine Absurdität, die in der Öffentlichkeit auch als solche vom Tisch diskutiert wurde. Zudem plant die Regierung, die Islamschulen zu reformieren und so langfristigen Einfluss auf die Entwicklung in der Region zu nehmen<sup>13</sup>. Eine neu eingerichtete und unter der Leitung des ehemaligen Premierministers Anand Panyarachun agierende Versöhnungskommission soll zwar zunächst die angespannte Situation entschärfen und die Wogen zwischen den Konfliktparteien glätten, langfristiges Ziel ist jedoch, durch den Dialog einen stabilen Frieden in der Region herzustellen. Mit ersten konkreten Ergebnissen der Verhandlungen wird allerdings erst im kommenden Jahr gerechnet. Aber auch der neuerlich eingeleitete Kurswechsel wird die Probleme nicht von einem Tag auf den anderen lösen können. Zu tief sitzt das Misstrauen auf beiden Seiten. Erst mit einer überzeugenden Aufklärung der Vorfälle von Tak Bai und der Aufhebung des Kriegsrechts sind die Voraussetzungen gegeben, um die Bevölkerung in den betroffenen Provinzen von der neuen Innenpolitik überzeugen zu können<sup>14</sup>.

Im Fall des bedeutenden Anwalts und Moslem-Vertreeters Somchai Neelapaijit, der im März 2004 in Bangkok entführt und vermutlich getötet wurde, gibt es nach mehr als einem Jahr Tatenlosigkeit seitens der Behörden immer noch keine Aufklärung. Zahlreiche Experten gehen davon aus, dass die Entführung Somchait's mitverantwortlich für die Eskalation der Lage im Süden des Landes ist. Die anhaltende Informationssperre wird durch die laufenden Ermittlungen entschuldigt, so dass thailändische Menschenrechtsgruppen den Fall den Delegierten der 61. UN-Menschenrechtskonferenz in Genf übergeben haben.

---

<sup>12</sup> Siehe: The Nation, „Tak Bai Aftermath: Outrage, concern, defiance“ (28.10.04)

<sup>13</sup> Siehe: Südostasien aktuell, Nr.1/2005, Dok.58. Marco Bunte: „Nationale und internationale Kritik an Thailands Vorgehen im Süden“.

<sup>14</sup> Siehe: Bangkok Post, „Thaksin should stay his new course“ (08.04.05)

## 8. Drogenkrieg

Am 1. Februar 2003 hatte Premierminister Thaksin zu einem landesweiten Kampf gegen die Drogen aufgerufen, der innerhalb der ersten drei Monate bereits mehr als 2.200 Menschenleben gefordert hatte. Die meisten der Opfer wurden von staatlichen Sicherheitskräften, die mit sogenannten Schwarzen Listen arbeiteten, "auf der Flucht" oder "beim Widersetzen der Festnahme" erschossen. Da Thaksin eine Erfolgsquote von mindestens 75 Prozent aus jedem einzelnen Distrikt forderte, gerieten dementsprechend auch zahlreiche Unschuldige beziehungsweise nicht beteiligte Personen ins Kreuzfeuer der Fahnder - eine Tatsache, die weltweit für Empörung sorgte. Bis heute gab es von Seiten der Regierung keine ernsthaften Bemühungen, die standrechtlichen Erschießungen aufzuklären. Zudem kann sich Thaksin in diesem Fall zu jeder Zeit auf Rückhalt in der Bevölkerungsmehrheit berufen, die den Drogenkonsum als eine der größten Bedrohungen für soziale Sicherheit erachtet und die harten und unrechtmäßigen Methoden duldet.

Der staatliche Drogenkrieg und die damit verbundene Beliebigkeit bei der Kriminalisierung und Bestrafung einzelner Personen hat nicht nur verheerende Auswirkungen auf den Zusammenhalt von Familien, sondern beeinflusst auch eine weitere gesellschaftliche Problematik, da sie dem einst als vorbildlich bezeichneten Regierungsprogramm zur Eindämmung von HIV-Infektionen entgegenwirkt. Zahlreiche Drogenabhängige berichten von willkürlichen Verhaftungen und Misshandlungen durch Polizeibeamte. Die internationale Erfahrung zeigt, dass ein solches Verhalten Anti-HIV-Kampagnen untergräbt, da sich die betroffenen Personengruppen aus Angst vor Repressalien zunehmend im Untergrund aufhalten und so für medizinische Hilfs- oder Präventionsmaßnahmen nicht mehr erreichbar sind<sup>15</sup>.

## 9. Pressefreiheit

Premierminister Thaksin und seine Familie betreiben seit 1987 die Shin-Corporation, eines der größten Telekommunikations- und Medienunternehmen im Land. Der Konzern ist der bislang wichtigste Internet- und Mobilfunkanbieter Thailands und hält zudem die Mehrheitsanteile am einzigen privaten Fernsehkanal des Landes. Da alle weiteren Sender ohnehin unter Kontrolle der Regierung oder des Militärs stehen, stellt sich hier die Frage nach einem Interessenkonflikt, wie er seit Jahren aus Italien bekannt ist.

Im Index der internationalen NRO "Reporter ohne Grenzen", die sich den Schutz der Presse- und Informationsfreiheit zur Aufgabe gemacht hat, konnte Thailand seinen Ranglistenplatz zwar von 82 (2003) auf 59 (2004) verbessern<sup>16</sup>, in der Praxis jedoch erweist sich die Umsetzung der freien Meinungsäußerung als weitaus diffiziler. Unter Mithilfe von Regierungsmitgliedern und privaten Kontakten hat es Thaksin geschafft, die ehemals äußerst lebendige Medienlandschaft Thailands in ihrer Handlungsfreiheit deutlich einzuschränken. Berichten der thailändischen Journalisten-Vereinigung TJA zufolge wurden in den vergangenen drei Jahren mehr als zwanzig Fälle bekannt, in denen Journalisten auf Drängen von staatlichen Akteuren entlassen oder versetzt wurden<sup>17</sup>. Der

---

<sup>15</sup> Siehe: Human Rights Development in Thailand 2004. Quelle: Human Rights Watch [www.hrw.org](http://www.hrw.org).

<sup>16</sup> Siehe: [www.reporter-ohne-grenzen.de](http://www.reporter-ohne-grenzen.de). Ausgewertet wurden Informationen für insgesamt 165 Staaten. Thailand befindet sich dabei zwischen Ländern wie Ghana, Ost-Timor und Panama wieder.

<sup>17</sup> Siehe: Human Rights Development in Thailand 2004. Quelle: Human Rights Watch [www.hrw.org](http://www.hrw.org).

Negativtrend spiegelt sich auch im aktuellen Bericht der amerikanischen Menschenrechtsorganisation Freedomhouse wieder. Es ist ein Anstieg von Gerichtsverfahren zu verzeichnen, die von staatlicher Seite gegen Journalisten und Herausgeber angestrengt werden. Eine Entwicklung, die letztendlich zur Zunahme von Selbstzensur in den Redaktionen führt, und zur Folge hat, dass die aktuelle Situation der Pressefreiheit in Thailand von Freedomhouse nur als "partly free" eingestuft wird, während sie vor dem Amtsantritt Thaksins noch als "free" klassifiziert wurde<sup>18</sup>. Und auch im Umgang mit ausländischen Reportern wird nicht davor zurückgeschreckt, durch die willkürliche Vergabe von Visa-verlängerungen und Arbeitserlaubnissen Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen. Thaksin konnte die internationale Bekanntheit der NRO-Rankings nicht ignorieren und gelobte zu Beginn seiner zweiten Amtszeit, die Pressefreiheit zu achten - eine Ankündigung, die von vielen Journalisten bereits jetzt als scheinheiliges Versprechen eingeschätzt wird und weiterer Überprüfung Ende des Jahres bedarf<sup>19</sup>.

#### **10. Handelsliberalisierung in Thailand und in der Region SOA: Pendeln zwischen Regionalismus und Bilateralismus**

Die Frage nach der Zukunft des Multilateralismus stellt sich auch in der südostasiatischen Region neu, wenngleich dort seit Abschluss der Uruguay Runde neben multilateralen schon immer auch regionale oder bilaterale Abkommen vereinbart worden waren. Es handelt sich insofern um keinen völlig neuen Trend, wohl aber um eine Verdichtung von Verhandlungen und erzielten Abschlüssen, was insbesondere für die Zeit seit den gescheiterten WTO- Ministerkonferenzen in Seattle und Cancun zutrifft. Das Vertrauen in die Stabilität der multilateralen Handelsordnung hat gelitten und insbesondere die Sorge kleinerer Länder wächst, handelspolitisch ins Abseits gedrängt zu werden. Zudem stärken bilaterale und regionale Abkommen den Glauben nationaler Ökonomen, die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des jeweiligen Landes kontrollieren und steuern zu können.

Die zehn ASEAN-Länder (Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam, Kambodscha, Laos und Burma/Myanmar beschloss das Projekt einer AFTA („Asian Free Trade Agreement“)-Freihandelszone im Jahre 1992 und verpflichteten sich 2003, den Abbau innergemeinschaftlicher Handels- und Investitionshemmnisse bis 2020 umzusetzen.

Die Liberalisierung des Handels soll jedoch noch über die Grenzen der ASEAN ausgedehnt werden. Ein entsprechendes Abkommen mit China wurde 2004 unterzeichnet; Verhandlungen mit Indien, Japan, Australien, Neuseeland und Korea wurden gestartet oder sind in Planung. Noch ambitioniertere Projekte sind in Diskussion: ein „ASEAN plus 3“- FTA würde China, Japan und Korea umfassen und ein weiteres Mammutprojekt zusätzlich Indien.

Die Liberalisierung im Rahmen des AFTA geht den meisten südostasiatischen Regierungen jedoch nicht schnell genug. Die Möglichkeit zum Abschluss bilateraler Abkommen, die noch vor den Abkommen im Rahmen des AFTA in Kraft treten können („Early Harvest“), wurde weitreichend wahrgenommen. Das markanteste Beispiel ist Singapur, das allein im Pazifischen Raum sieben bilaterale Freihandelsabkommen verhandelt oder

---

<sup>18</sup> Siehe: Freedom of the Press 2005. Quelle: Freedomhouse [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org).

<sup>19</sup> Siehe: The Nation, „The withered state of Thailand’s Press Freedom“ (09.05.05)

bereits abgeschlossen hat. Aber auch Thailand unter Premierminister Thaksin hält sich nicht zurück. In internationalen Wirtschaftsverhandlungen positioniert sich Thailand im Rahmen der WTO einerseits auf Seiten der Entwicklungsländer für „gerechteren“ Freihandel (als Mitglied der G 20<sup>20</sup>), zugleich sucht es aber auch erfolgreich jede Möglichkeit des Abschlusses von bilateralen Freihandelsabkommen mit führenden Wirtschaftsmächten. Seit 2003 läuft ein auf bestimmte Landwirtschaftsprodukte begrenztes Freihandelsabkommen mit China. Mit Australien und Neuseeland wurden FTAs im Juli 2004 bzw. April 2005 unterzeichnet. Mit Indien, Japan und den USA wird momentan verhandelt. Der übereilte Abschluss der verschiedenen Freihandelsabkommen ohne Beteiligung oder ausreichende Information der Öffentlichkeit wird von Seiten der Zivilgesellschaft stark kritisiert. Aber v.a. die betroffenen Landwirte, vornehmlich Kleinbauern, sowie der Business Sektor (vertreten durch den „Board of Trade“ und die „Federation of Thai Industries“) zeigen sich besorgt über die Auswirkungen der Zollsenkungen bei Agrarerzeugnissen und Milchprodukten sowie im Automobil- und Stahlbereich. Auch auf den Philippinen wird von Seiten verschiedener Nichtregierungsorganisationen vor dem Abschluss eines FTA mit den USA gewarnt. Im Mai diesen Jahres wurde in Thailand beschlossen, die Verhandlungen zu einem möglichen FTA mit den USA zu beginnen.

Dass die Sorge bzgl. der negativen Auswirkungen des Freihandelsbooms alles andere als unbegründet ist, haben thailändische Kleinbauern im Rahmen des begrenzten Freihandelsabkommens mit China bereits zu spüren bekommen. Besonders betroffen sind neben den Produzenten der sogenannten „cool climate“-Produkte (wie Sellerie, Karotten, Äpfel, Birnen und Brokkoli) u.a. die Produzenten von Knoblauch, die unter der Importschwemme billigeren chinesischen Knoblauchs zu leiden haben. Hatten die vorwiegend in Nordthailand angesiedelten Knoblauch-Bauern schon mit den Auswirkungen des Landwirtschaftsabkommens im Rahmen der WTO-Verhandlungen zu kämpfen, so hat sich diese Situation mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit China so drastisch verschlechtert<sup>21</sup>, dass viele Kleinbauern zur Umstellung auf andere Anbauprodukte gezwungen sind, was sich in der Realität aufgrund mangelhafter Unterstützung nicht einfach gestaltet und für viele Betroffene zu einer Überlebensfrage geworden ist.

Das begrenzte Freihandelsabkommen zwischen Thailand und China verdeutlicht die negativen Auswirkungen von voreilig abgeschlossenen Freihandelsabkommen. Bei den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Machtverhältnissen wird der Glaube nationaler Ökonomen, die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des jeweiligen Landes kontrollieren und steuern zu können, zur Illusion – dies betrifft zwar nicht nur bilaterale Verhandlungen, trifft jedoch um so mehr auf Verhandlungen zwischen Entwicklungs-/Schwellenländern und Industrieländern zu. Von zivilgesell-

---

<sup>20</sup> Die G20 vertritt bedeutende EL mit defensiven Schutzinteressen für die heimische Landwirtschaft einerseits und aggressiven Exportinteressen andererseits. Thailand zählt innerhalb der G 20 zu den Freihandel fordernden Exporteuren.

<sup>21</sup> Aufgrund der extrem niedrigen Produktionskosten in China ist der Preis für Knoblauch in Thailand bereits in den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens um 69 % gesunken, Knoblauch-Importe aus China haben um 87 % zugenommen. Siehe „Thai- China Free Trade Agreement for whose benefit?, Kingkorn Narintarakul, eine von mehreren Studien des hbs-Partnernetzwerkes APNFS („Asia Pacific Network on Food Sovereignty“) zu den Auswirkungen regionaler und bilateraler Freihandelsabkommen in der südostasiatischen Region ([www.apnfs.org](http://www.apnfs.org)).

schaftlicher Seite, vornehmlich durch das thailändische NRO- und Akademiker- Netzwerk „FTA Watch“, wird vor diesem Hintergrund versucht, auf die Verhandlungen im Rahmen des FTA mit den USA Einfluss zu nehmen. Die Sorge gilt hier v.a. den Verhandlungen um Geistige Eigentumsrechte und landwirtschaftliche Subventionen. Die ohne Rücksicht auf Verluste durchgeführte Freihandelseuphorie des thailändischen Premierministers lässt jedoch befürchten, dass auch bei den weiteren Verhandlungen die Bedürfnisse der am Ende Betroffenen auf der Strecke bleiben werden. Die Stiftung wird ihre Aktivitäten in diesem Arbeitsfeld beibehalten und zu spezifischen aktuellen Fragestellungen je nach Bedarf gezielt ausbauen.

## **2. Burma/Myanmar**

### **Entwicklungen seit der Entmachtung von General Khin Nyunt im Oktober 2004**

Der nachfolgende Berichtsteil zu Burma betrachtet die Auswirkungen der Machtenthebung von General Khin Nyunt, deren Konsequenzen für die Entwicklungen im Land sowie internationale Reaktionen darauf. Er betrachtet die Ausdifferenzierung der burmesischen Oppositionskräfte und ihrer internationalen Unterstützer und schließt mit einer Einschätzung des Potentials für politische und gesellschaftliche Umbruchsprozesse.

#### **1. Die Amtsenthebung Khin Nyunts**

Die Entmachtung des Geheimdienstchefs Khin Nyunt und die damit verbundene Auflösung des Geheimdienstes (Military Intelligence - MI) im Oktober 2004 sind die folgenreichsten Ereignisse seit den Wahlen 1990. General Khin Nyunt, der zum Zeitpunkt seiner Entlassung das Amt des Premierministers inne hatte, wurde offiziell wegen Korruption und Ungehorsam vom Dienst suspendiert. Obwohl diese Vorwürfe durchaus zutreffend sind, hatte die Zerschlagung des Geheimdienstes eher machtpolitische Gründe, wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird.

Nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung durch das Militär und der Einrichtung des 'State Law and Order Restoration Council' (SLORC) im September 1988 galt Khin Nyunt (KN) als einer der wichtigsten Führungsköpfe im Land. Ohne seine Rolle zu glorifizieren, ist in verschiedenen politischen Kreisen (ASEAN, westliche Diplomaten, internationale Organisationen und NRO etc.) anerkannt worden, dass er sich vor allem in den letzten zwei Jahren vor seiner Amtsenthebung als kompetenter und vor allem gegenüber den ethnischen Gruppierungen moderater Krisenmanager hervorgetan hatte und im Gegensatz zu seinen politischen Gegnern, den Hardlinern General Than Shwe (TS) und seines zweiten Mannes General Maung Aye (MA), für pragmatische Veränderungen im Lande stand, was auch ein genau kalkuliertes Bündnis mit NLD-Führerin Aung San Suu Kyi (ASSK) nicht ausschloss. KN war bezogen auf seine internationale Reputation aufgestiegen vom „Prince of Evil“ (Medienreputation um 1994 ff.) zum international anerkannten Architekten der sogenannten 'Road Map', und es war vornehmlich seinem Einfluss und Wirken zugeschrieben worden, dass für den 'Bangkok-Prozess' zunächst Aussichten auf Erfolg bestanden hatten.

Schon kurze Zeit nach seiner Einrichtung im Jahre 1984 war der unter KN's Kommando stehende Geheimdienst zu einer Art 'Staat im Staate' angewachsen und hatte Einfluss auf alle wichtigen Bereiche und Entscheidungsgremien Burmas. Das Netzwerk von KN reichte bis in die lokale Verwaltung und wurde so immer mehr zu einer ernsthaften Konkurrenz und Bedrohung für das Verteidigungsministerium und den 'State Peace and Development Council' (SPDC). Nachdem es KN und seinen Gefolgsleuten auch noch gelungen war, wichtige Schlüsselpositionen in der Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen, war vor allem Than Shwe der Machtapparat KNs ein Dorn im Auge. Deshalb nahm er die Korruptionshinweise, die der ihm loyale Geheimdienstoffizier Kyaw Win zugespielt hatte, dankbar entgegen und zum Anlass, neben dem Befehlshaber der Organisation auch rund 30.000 weitere Mitarbeiter zu entlassen und Berichten im Land zufolge um die 20.000 von ihnen gar zu inhaftieren. Diese Berichte schreiben dem Machtverlust von KN und seiner Geheimdienstorganisation auch ein starkes emotionales Element zu, indem sie vermitteln, dass Than Shwe geäußert haben soll, dass er nicht einmal daran dächte, MI-ausgebildete Hunde weiter im Dienst zu belassen, geschweige denn das Fachpersonal der Organisation.

## **2. Die Folgen der Geheimdienst-Zerschlagung**

### **2.1 Politik und Wirtschaft**

KNs Machtapparat hat sich wie bereits angedeutet nicht nur auf den Bereich der Politik beschränkt, sondern soll auch erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft gehabt haben. So wird dem General unterstellt, bereits Gelder akquiriert zu haben, die es ihm ermöglichen sollten, bei den im Sieben-Punkte-Plan zur Demokratisierung vorgesehenen Wahlen zu kandidieren und so seine politischen (und wirtschaftlichen) Ambitionen zu realisieren. Der SPDC-Apparat, nunmehr in der ausschließlichen Kontrolle durch TS und seinen Helfer MA sowie General Thura Shwe Mann (TSM), hatte aus diesem Grund unmittelbar nach der Entlassung und Inhaftierung des Geheimdienstchefs versucht, die Loyalität und Unterstützung der Wirtschaft auf die eigenen Ziele umzulenken. Zudem wurden von Geschäftsleuten belastende Korruptionsvorwürfe vorgebracht oder ihnen solche abgepresst. Wer zu belastenden Aussagen nicht bereit war, dem sollen Inhaftierungsdrohungen gemacht worden sein. All dies hat dazu geführt, dass sich sowohl unter in- als auch ausländischen Firmen eine große Unsicherheit breit machte, die momentan vor allem in Thailand zu spüren ist. Auch Premier Thaksin selbst hatte, vornehmlich im Telekom-Bereich, enge Geschäftsbeziehungen mit KN aufgebaut und in das politische Netzwerk seiner Gefolgsleute nicht unwesentlich investiert. Er nahm die Einberufung des „World Buddhist Councils“ in Yangon zum Anlass für einen halbtägigen Besuch, der Gesprächen mit TS vorbehalten war, in denen es um die Zusicherung ungestörter thailändisch-burmesischer Handelsbeziehungen ging. Von dieser Reise brachte Premier Thaksin auch die Ansicht mit, dass ASSK deshalb unter Hausarrest sei (implizit: zu belassen sei), weil sie jedes Mal, wenn sie auf freiem Fuß war, zum Störfaktor für die Regierung geworden war.

### **2.2 Das Beinahe-Ende der Verfassungsgebenden Versammlung**

Nachdem bereits im Mai 2004 die Verhandlungen zwischen SPDC und NLD gescheitert waren, einen Kompromiss für einen Verfassungsgebungsprozess zu erzielen, der dem Land und seiner politischen wie wirtschaft-

lichen Entwicklung zu neuer Kraft hätte verhelfen können, wurden mit der Zerschlagung des Geheimdienstes alle Hoffnungen auf fortgeführte Sitzungen der Verfassungsgebenden Versammlung zunächst begraben. Der SPDC verkündete schließlich eine Pause für den ohnehin nur mit gemischten Gefühlen (besser als gar nichts) Ernst zu nehmenden politischen Dialog. Die Gespräche sollen nun erst im November diesen Jahres wieder aufgenommen werden. Offizielle Begründung ist eine Hitzepause.

### **2.3 Waffenstillstandsvereinbarungen und Autonomiebestrebungen**

Mit der Entlassung KNs sind Waffenstillstandsvereinbarungen mit insgesamt 17 ethnischen Gruppen in Gefahr, da TS und MA weniger auf Diplomatie, sondern durchaus auf kalkulierte Konfrontation setzen. Als erstes Ergebnis dieses Kurswechsels ist die Festnahme prominenter Shan-Führer und der gescheiterte Versuch anzusehen, die im Waffenstillstand befindliche Shan State Army (SSA-North) zu entwaffnen. Beides hatte zur Folge, dass einige im kanadischen und australischen Exil lebende Mitglieder des Shan-Volkes (das mit 6 Mill. Menschen die größte ethnische Gruppe Burmas stellt), die teilweise selbst noch in feudaler autokratischer Tradition verhaftet sind, die Unabhängigkeit von Shan-State erklärt haben. Die meisten Parteien, darunter auch die NLD, lehnten diese Unabhängigkeitserklärung ab und bekräftigten ihr Interesse an einem vereinten, möglichst föderalen Burma. Die ungünstigen Ereignisse erreichten ihren Höhepunkt, als der SPDC sein Waffenstillstandsabkommen mit den Shan aufkündigte, nachdem diese die Vereinigung von Nord- und Südmarmee (SSA-North und SSA-South) verkündet hatten, deren gemeinsames Ziel die Unabhängigkeit von Shan-State sei. Truppenkonzentration entlang der Grenze zu Shan-State suggeriert, dass die Militärregierung fest entschlossen ist, gegen diese Unabhängigkeitsbewegung auf das härteste vorzugehen.

Auch die Gespräche um ein Waffenstillstandsabkommen mit der christlich dominierten 'Karen National Union' (KNU) liegen bereits seit längerem auf Eis, nachdem TS im November 2004 ein plötzliches Ende einer Verhandlungsrunde in Yangon durchgesetzt hatte. Karen in Gebieten unter KNU-Kontrolle sind zunehmend Angriffen und Verfolgung durch die SPDC-Armee ausgesetzt. Die Regime freundlichen buddhistischen Karen unter Kontrolle der Democratic Karen Buddhist Association (DKBA) stehen unter unmissverständlichem Druck der Regierung, sich zu entwaffnen, genießen aber grundsätzlich den Schutz der Militärregierung.

Die 'Karenni National Progressive Party' wurde ein weiteres Opfer der neuen Politik. Die Organisation ist im thailändisch-burmesischen Grenzgebiet um Mae Hong Son angesiedelt und wurde gleich mehrfach zum Ziel schwerer Militärschläge. Es wird vermutet, dass die Angriffe ein Vergeltungsschlag der Armee sind, da im vergangenen Jahr zahlreiche hohe SPDC-Offiziere ihre Söhne bei Kämpfen zwischen SPDC-Armee und KNPP-Truppen verloren hatten. Die Missionarsorganisation Christian Solidarity Worldwide hat im Zusammenhang mit diesen Kämpfen eine Medienkampagne gestartet, in der es gegen den Einsatz chemischer Waffen durch die Armee der Militärregierung in grenznahen Gebieten um Mae Hong Son in Thailand ging (siehe dazu weiter unten).

Nennenswert ist auch die Offensive der 'United Wa State Army' (die Wa sind eine weitere ethnische Gruppe in Shan State und für ihre Verwicklung in Drogenproduktion und -handel bekannt) gegen die SSA-South, die offenbar auf einer Abmachung zwischen den Wa und der Führung in Yangon beruht. So sollen die Wa Meldungen der Online Shan Herald's Agency News

zufolge für die Vertreibung von Shan-Bevölkerung aus Shan-Gebieten mit eingeschränkter politischer Autonomie belohnt worden sein.

Um ihren Kampf entlang der Westgrenze intensivieren zu können, hat der SPDC zudem ein Abkommen mit der Regierung in Neu Delhi geschlossen, welches ihr erlaubt, Widerstandsgruppen im nordostindischen Nagaland auch von indischem Territorium aus anzugreifen bzw. dorthin zu verfolgen.

Weitgehend unbehelligt geblieben ist die Gruppe der Kachin, die seit Jahren einige Privilegien genießt und bisher die wirtschaftliche Entwicklung von Katchin State und zivilgesellschaftliche Initiativen weiter vorantreiben darf.

#### **2.4 Freilassung politischer Gefangener**

Als der SPDC direkt nach der Auflösung des Geheimdienstes die Freilassung von rund 20.000 Gefangenen ankündigte, wurde dies zunächst als erster Schritt zur Versöhnung und in Richtung Demokratisierung angesehen, da unter den Freigelassenen auch zahlreiche (aber letztlich nur ca. 120) politische Gefangene, hauptsächlich Führer der Studentenbewegung von 1988, waren (z.B. Min Ko Naing, Koo Ko Gyi, Ko Thay Kywe). Die schrittweise Freilassung war aber nicht nur Zeichen eines Entgegenkommens, sondern hatte auch logistische Gründe, da man in den Gefängnissen Platz für die über 30.000 entlassenen Offiziere und Mitarbeiter des Geheimdienstes benötigte. Dabei war es dem Regime natürlich Recht, sich zunächst auch ein paar positive Öffentlichkeitsarbeitspunkte zu erarbeiten und den Eindruck zu erwecken, menschlicher und weniger manipulativ zu sein als die Regierung unter KN. Anfang Juli waren erneut 200 politische Gefangene, darunter auch prominentere entlassen worden. Das verstärkt den Eindruck, sich in den Augen der Öffentlichkeit von KN absetzen zu wollen, sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass es KN war, der einige Zeit vor seiner Amtsenthebung immer wieder die Freilassung einiger Hundert politischer Gefangener gefordert hatte, was TS wiederholt abgelehnt hatte. Nun kann er die potentiell positive öffentliche Wirkung allein für sich in Anspruch nehmen.

Nachdem die Exil-Medien und Oppositionsführer von der NLD und ihrer momentanen Passivität stark enttäuscht worden waren, lagen nunmehr große Hoffnungen auf den freigelassenen ehemaligen Studentenführern, alle inzwischen um die 40 Jahre alt. Doch die ehemaligen Regierungsgegner sprachen sich, kaum in der Freiheit angekommen, für einen Dialog zwischen der SPDC-Regierung und anderen politischen Gruppen aus. Erst nach einer nationalen Versöhnung könne man sich erneut über die Zusammensetzung der Nationalversammlung, wie sie bereits durch die Wahlen 1993 festgelegt wurde, unterhalten. Diese neue Einstellung resultiert allerdings weniger aus persönlichen Überzeugungen als aus "Gesprächen", die höhere Staatsbeamte mit den Gefangenen vor ihrer Freilassung geführt hatten. Ihren eigenen Angaben zufolge sind sie nach Unterredungen mit beiden Seiten angesichts der aktuellen Positionen sowohl des SPDC als auch der NLD sehr unzufrieden. Der SPDC würde sie am liebsten als medientaugliche Marionetten nutzen und die NLD, namentlich der Vorsitzende des NLD Exekutivkomitees Aung Shwe, hat Gehorsam angeordnet und erwartet ihr Wirken als unkritische Aushängeschilder in den eigenen Reihen. Diese ex-dissidentische Unzufriedenheit und Aussichtslosigkeit auf Veränderungspotential steht als Symbol für die Verfahrenheit der Situation im Land und zeigt zugleich die mo-

mentane Begrenztheit für jedwede noch so gut gemeinte Intervention durch externe Kräfte an.

### **2.5 Die unwahrscheinliche Aufhebung des Hausarrests für ASSK**

Generell befindet sich die NLD momentan in einer schwierigen Situation. Trotz wachsenden internationalen Drucks, sowohl von zumindest vier Ländern innerhalb der ASEAN-Gemeinschaft als auch den westlichen Industriestaaten, wurde Aung San Suu Kyi's Hausarrest unmittelbar nach der Zerschlagung des Geheimdienstes um ein Jahr bis November 2006 verlängert und ihre Isolation verschärft. So darf nur noch die Hälfte der mit ihr zusammen lebenden NLD-Nachwuchskräfte in der Wohnung verbleiben und auch die Zahl der Besuche durch ihren Hausarzt wurde stark eingeschränkt und wenn sie erfolgen, muss er sich einer Körperdurchsuchung unterziehen. Dadurch bestehen für ASSK kaum noch Möglichkeiten, an Dokumente und Briefe von Unterstützern zu gelangen oder Kontakt zu den Medien herzustellen, da angeblich sogar die beiden Haushaltshilfen vor dem Betreten der Wohnung durchsucht werden.

Hinter dieser Verschärfung und der kaltschnäuzigen Ankündigung der Verlängerung des Hausarrests gegenüber der internationalen Gemeinschaft, die Gegenteiliges erwartet hatte, stehen neben den politischen Erwägungen des SPDC auch persönliche Animositäten, die TS gegenüber ASSK zu pflegen scheint. In diplomatischen Kreisen gilt es als Knigge-Regel, den Namen der NLD-Führerin nicht zu erwähnen, will man nicht in Ungnade fallen oder vermeiden, dass ein Gespräch mit TS zu einem abrupten Ende führt.

Da sich China und Indien als einzige Länder mit potenziellen Einflussmöglichkeiten auf die Militärregierung nicht zum Fall der NLD-Führerin geäußert haben, gilt eine baldige Aufhebung des Hausarrests eher als unwahrscheinlich. Auch die US-Außenministerin Condoleezza Rice vermied trotz zahlreicher gegenteiliger Öffentlichkeitsarbeit das Thema bei ihrem Treffen mit der chinesischen Führung in Peking, was signalisiert, wo in Washington die Prioritäten liegen bzw. wo nicht.

### **3. Aussichten für Veränderungen in Burma**

Westliche Regierungen haben ihre Burmapolitik überdacht und einschneidend korrigiert. Das gilt vor allem für die USA. Nachdem man China, Indien und die ASEAN-Staaten nicht davon überzeugen konnte, ebenfalls Sanktionen gegen Burma zu erheben, sieht der Westen die erste Priorität nunmehr nicht mehr darin, ASSK und ihrer NLD den Platz einzuräumen, der ihr seit den 1990er Wahlen zusteht, sondern darin, die NLD und Vertreter der ethnischen Minderheiten in die 'Roadmap for Democracy' mit einzubeziehen. Innerhalb der Europäischen Union wird zwar immer noch das Visaverbot aufrecht erhalten und auch die Konten einiger weniger prominenter Regime-Getreuen bleiben weiterhin gesperrt, doch gleichzeitig versucht man, das Engagement für humanitäre Hilfe und eine Stärkung der burmesischen Zivilgesellschaft zu erweitern und mit dem SPDC in einen kritischen Dialog zu treten. Die ASEAN-Länder hingegen müssen eine gegenüber dem Westen Gesichts wählende Lösung für die bevorstehende burmesische ASEAN-Präsidentschaft finden, ohne gleichzeitig die Türen zu den Top-Politikern des Regimes zuzuschlagen oder ihre wirtschaftlichen Interessen in Burma zu gefährden. Doch ungeachtet allen internationalen Drucks hält die SPDC-Regierung an ihrem Regierungsstil fest und versucht weiterhin, die Opposition unter Kontrolle zu halten, ihre eigene Machtbasis zu sichern oder gar zu vergrößern. Than Shwe und seine Getreuen haben sich dafür entschieden,

den Westen zu ignorieren und sich ausschließlich auf die Innenpolitik zu konzentrieren. Außenpolitische Beachtung des Regimes genießen ausschließlich China und Indien, denn solange mit China und Indien intakte Handelsbeziehungen bestehen und von diesen Ländern in Burma investiert wird, besteht auch keine Notwendigkeit, über Forderungen des Westens nachzudenken.

Die erneute Freilassungswelle von ca. 200-250 politischen Gefangenen im Juli ist ein weiteres von zahlreichen Beispielen, wie versucht wird, mit Gesten und neuen "politischen Verbündeten" die NLD weiter auszuhöhlen und schließlich irrelevant zu machen. Da der Machterhalt und die Stabilität der eigenen Strukturen die derzeitigen Hauptziele der SPDC sind, werden elementare gesellschaftliche Probleme, zum Beispiel im Bildungs- und Gesundheitsbereich, nicht in Angriff genommen. Ein Hauptproblem auf beiden Seiten, NLD und SPDC, besteht derzeit darin, dass zu wenig kompetente Menschen in Positionen sitzen, von denen aus die anstehenden Probleme in Angriff genommen werden müssten. Hinzu kommt, ebenfalls auf beiden Seiten, der Mangel an gegenseitigem Vertrauen in den eigenen Reihen und notwendiger Teamgeist. Beide Parteien verfügen zur Zeit nicht über konkrete Pläne zur Lösung der großen Herausforderungen des Landes. Der SPDC besteht auf der Umsetzung der 'Roadmap for Democracy' im eigenen Stil, während die NLD fortgesetzt an ihrer mittlerweile 15 Jahre alten Aufforderung zum Dialog festhält. Ihre beiden Führer, die letztendlich den Kurs bestimmen, sind weitgehend isoliert. General Than Shwe arbeitet zurückgezogen nur noch mit einem kleinen Zirkel von Vertrauensleuten und Helfern, die sich in ihrem Hass gegenüber ASSK einig sind. Dabei entsteht der Eindruck, dass der wachsende internationale Druck die Top-Führung nur noch mehr zusammenschweißt. Die NLD-Führerin befindet sich wie oben ausgeführt unter stärker isoliertem Hausarrest und weigert sich bisher weiterhin, an der Umsetzung der Roadmap mitzuarbeiten, was ihre Isolation nur weiter verstärkt und verlängert.

Insgesamt sind die Chancen auf einen durch den Willen der Bevölkerung ausgelösten abrupten Wandel sehr gering. Es gibt aber im Vergleich zum Zeitpunkt von vor etwa 18 Monaten spürbar mehr Raum für den Einzelnen und kleine gesellschaftliche Initiativen, für Publikationen, Kunst- und Kulturereignisse, den Zugang zum World Wide Web und die damit verbundenen Informationen usw.. Unwahrscheinlich ist es auch, dass sich die Führungsriege internationalem Druck jedweder Art beugen wird. Solange kein Wunder geschieht, zum Beispiel in Form einer UN-Intervention, die zur Entmachtung des SPDC und freien Wahlen führen würde, ist davon auszugehen, dass es noch mindestens ein Jahrzehnt dauern wird, bis sich eine ausreichend starke, professionell agierende und vom Ausland zwar unterstützte, aber dennoch unabhängig und selbst initiiert agierende Zivilgesellschaft entwickeln kann, die klare Positionen entwickelt und Forderungen einbringt und daraus die Kraft entwickelt, Veränderungen zu erzwingen. Unter den momentan gegebenen Bedingungen lässt sich der Transitionsprozess am ehesten durch die Stärkung der Zivilgesellschaft, durch die Unterstützung der Formierung einer kritischen, weltoffenen und informierten Intelligenz und den Dialog mit der Regierung bewirken - eine Kombination, die viele Staaten der ehemaligen Sowjetunion und des weiteren Ostblocks auf mehr oder weniger friedlichem Wege in wenigstens formal und institutionell demokratische Verhältnisse und bürgerliche Freiheit geführt hat.

Eine offene und starke Gesellschaft kann nicht durch internationale Isolation des Landes, durch Reiseembargos, Investitionssperren, Tou-

rismusboykott sowie durch die intellektuelle und kulturelle Isolation der Regierung wie auch der Menschen im Land entstehen, und letztlich sind Drohungen, das Regime vor ein internationales Gericht zu stellen derzeit absolut kontraproduktiv, weil es die Reflexe der Regierung zur Machtsicherung nur weiter anheizt und in der Folge Räume für zivile Entwicklungen schmälert.

### **3. Kambodscha**

#### **1. Kambodschas demokratische Fassade entwickelt sich zur Farce**

Seit den Wahlen im Jahr 1998 bestimmt die kambodschanische Volkspartei CPP mit Hilfe des kleinen Koalitionspartners, der royalistischen FUNCINPEC, das politische Geschehen im Parlament. Fünf Jahre später, bei den Wahlen 2003, konnte sie ihren Vorsprung ausbauen und sich unter Premierminister Hun Sen nahezu ein politisches Machtmonopol verschaffen. Die CPP stellt seitdem 73 Abgeordnete in der Nationalversammlung, die FUNCINPEC kommt auf 26 und die oppositionelle Sam-Rainsy-Party auf 24 Sitze. Politische Gegner, die den Führungsstil des Premierministers kritisieren oder ihn in seiner Machtausübung bedrohen, werden auf unrechtmäßige Weise aus dem Verkehr gezogen oder anderweitig in ihrem Wirken behindert. Vor allem die oppositionelle Sam-Rainsy-Party war Hun Sen seit langem ein Dorn im Auge, so dass er unmittelbar nach Bildung der Koalitionsregierung alles dafür unternahm, die SRP handlungsunfähig zu machen. So wurde zunächst eine Gruppe von SRP-Abgeordneten mit dem Vorwurf konfrontiert, einen bewaffneten Staatsstreich vorzubereiten und im Februar 2005 schließlich mit parlamentarischer Hilfe der FUNCINPEC die politische Immunität dreier Parteimitglieder aufgehoben. Als Cheam Channy, einer der drei Beschuldigten, von der Militärpolizei widerrechtlich verhaftet wurde, flohen die beiden anderen Politiker ins Ausland, um einem ähnlichen Schicksal zu entgehen (siehe Absatz 4).

Ein weiterer politischer Akteur, der mit Kambodschas Geschichte seit dem zweiten Weltkrieg verbunden ist wie kein zweiter, hat sich freiwillig zurückgezogen: König Sihanouk hat das Amt am 29. Oktober 2004 auf seinen Sohn Sihamoni übertragen. Der 82-Jährige, der einst selbst als Staatschef des Landes aktiv war, hatte in den letzten Jahren immer öfter Meinungsverschiedenheiten mit Machthaber Hun Sen gehabt, die sich zuspitzten, als Sihanouks Sohn Ranariddh, der gleichzeitig die FUNCINPEC anführt, im Sommer vergangenen Jahres eine Koalition mit der CPP einging, die der König sehr kritisch sieht. Politisch frustriert und gesundheitlich angeschlagen, zog sich Sihanouk ins freiwillig gewählte Exil nach Peking zurück und bereitete dort die Thronbesteigung seines gemeinsamen Sohnes mit Königin Monique Monineath Sihanouk, Sihamoni, vor. Als ausgebildeter Balletttänzer und Choreograph hat dieser allerdings kaum Ambitionen, sich in die Politik einzumischen, was Hun Sen entgegenkommen dürfte.

Aber nicht nur die undemokratische Entwicklung belastet das Land, auch die wirtschaftliche Bilanz der CPP-Regierung ist schlecht. Die Infrastruktur ist nach wie vor mangelhaft, der öffentliche Dienst von Korruption durchzogen und die Privatwirtschaft entwickelt sich nur langsam. Trotz umfangreicher internationaler Finanzhilfe und Entwicklungshilfeprogrammen stieg die Armut laut Weltbankbericht um 5% , und es wurden kaum Maßnahmen ergriffen, diesen Trend umzukehren. Obwohl der

Reformbedarf in allen Bereichen offensichtlich ist, hält die Regierung an ihrem Kurs fest. Nachdem Berichte der Weltbank, des UN Development Programms und der Asian Development Bank zu der niederschmetternden Einschätzung kamen, dass Kambodschas politische und wirtschaftliche Entwicklung auf dem Holzweg verläuft, haben sich die Geberländer mittlerweile dazu entschlossen, ihre Finanzhilfen mit Auflagen zu verknüpfen (siehe Absatz 2 und 3). Ein weiterer wichtiger Aspekt, der langfristiger Beobachtung bedarf, ist das geplante UN-Tribunal, vor dem sich ehemalige Führungsmitglieder der Roten Khmer verantworten sollen. Die Nationalversammlung hatte am 04. Oktober 2004 nach langjährigem Drängen aus dem Ausland die Einrichtung eines solchen Gerichts einstimmig beschlossen. Hun Sen begrüßte das Abstimmungsergebnis, obwohl seine Motivation, den Beschluss umzusetzen, zweifelhaft war. Dennoch war er es, der im Jahre 2000 allen sich stellenden ehemaligen KR-Mitgliedern eine Amnestie zugesagt hatte und sich nun mit der Implementierung des Tribunals auseinandersetzen muss. Dabei dürfte die Frage nach der Höhe der Bestrafung zweitrangig sein. Entscheidend ist vielmehr die symbolische Wirkung, die von der juristischen Aufarbeitung der Gräueltaten ausgehen wird. Kritiker befürchten allerdings, dass in den Prozessen nur die obersten Führungsspitzen als Sündenböcke zur Verantwortung gezogen werden, da viele untere und mittlere Kader immer noch in der Regierung und den Behörden des Landes tätig sind. Zudem werden kambodschanische Richter aufgrund des mit den UN vertraglich vereinbarten Mehrheitsverhältnisses für die kambodschanische Seite (5:4) im international besetzten Gericht das letzte Wort haben – ein Zugeständnis der UN an Hun Sen, welches das Potential birgt, die Urteilssprechung zu einem skandalösen Schauspiel zu machen<sup>22</sup>. Nachdem Ende April 2005 die Finanzierung der von den UN benötigten 40 Millionen Dollar gesichert war, informierte Kofi Annan die Regierung in Phnom Penh über ihre Bereitschaft, die Verhandlungen zu beginnen. Da Kambodscha aber selbst noch 10 Millionen Dollar beisteuern soll und vorgibt, dieses Geld momentan nicht zur Verfügung stellen zu können, wird mit einem Beginn des Tribunals erst im kommenden Jahr gerechnet. Hun Sen hofft zur Kompensation des Eigenanteils vor allem auf die finanzielle Unterstützung Japans.

## **2. Wirtschaftlicher Aufschwung verläuft nur schleppend**

Trotz intensiver Unterstützung durch die internationale Gebergemeinschaft entwickelt sich die kambodschanische Wirtschaft nur sehr schleppend. In der Entwicklungsstatistik der Vereinten Nationen konnte sich das Land nicht verbessern und belegt nach wie vor Rang 130 (von 177)<sup>23</sup>. Mindestens ein Drittel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, rund 90 Prozent davon auf dem Lande, da die Bauern vom verhaltenen wirtschaftlichen Aufschwung in den urbanen Gebieten nicht profitieren konnten. Ihre Lage hat sich durch den Ausbruch der Vogelgrippe und eine schwache Ernte im Jahr 2003 sogar noch verschlechtert. Zwar versucht Regierungschef Hun Sen seit seiner Wiederwahl mit einem Entwicklungsprogramm, die Wirtschaft über private Investoren anzukurbeln, doch die niedrigen Steuereinnahmen ermöglichen keine einschneidenden Verbesserungen. Solange aber die wirtschaftliche Infrastruktur

---

<sup>22</sup> Siehe dazu mehr in: Das Parlament, Nr. 05-06, 31.01.05, "Ein internationales Tribunal in Kambodscha soll über den Terror der Roten Khmer richten"

<sup>23</sup> Siehe: Human Development Report 2004. Quelle: <http://hdr.undp.org/2004/>

und rechtlichen Rahmenbedingungen unbefriedigend sind, wird das Interesse ausländischer Investoren verhalten bleiben – ein Teufelskreis. Nachdem die privaten Investitionen in Sachanlagen 2004 sogar gesunken sind, gehen Experten für das laufende Jahr von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von lediglich 2,3 Prozent aus (2004: 6,0). Gleichzeitig wird eine steigende Inflation erwartet, ausgelöst durch die wachsende Abhängigkeit von Öl- und Gas-Importen und die erhöhten Lebensmittelpreise nach Dürreperioden<sup>24</sup>. Lediglich beim Tourismus und in der Textil-Industrie ist ein positiver Trend auszumachen: 2004 kamen über 1 Million Besucher nach Kambodscha, die insgesamt über 500 Millionen Dollar im Land gelassen haben, gleichzeitig stieg der Export von Textilwaren je nach Produkt um bis zu 25 Prozent an<sup>25</sup>. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Exportquote in diesem Jahr nicht zu halten sein wird, da am 1. Januar 2005 die Textilquoten im Welthandel abgeschafft wurden. Analysten zählen Länder wie China und Vietnam zu den Gewinnern des freien Handels, während Kambodscha darunter zu leiden haben wird. Die Ursache dafür liegt einerseits in der mangelnden Infrastruktur des Landes, andererseits aber auch in den verbesserten Arbeitsbedingungen, die sich unter dem Einfluss der International Labour Organization und den Forderungen der Abnehmer stark verbessert haben, aber eben auch kostenträchtiger geworden sind. Ein Sinken der Exportrate in diesem wichtigen Sektor würde für Kambodscha einen schweren volkswirtschaftlichen Rückschlag bedeuten, der entweder niedrigere Löhne oder aber einen signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge hätte<sup>26</sup>.

### **3. Abhängigkeit von der internationalen Gebergemeinschaft**

Da Kambodschas Armutsbekämpfungsbemühungen stark von der finanziellen Unterstützung aus dem Ausland abhängen, entstand in den vergangenen Jahren eine Mentalität, bei der man Fördergelder eher nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilte, als sich um den gezielten Einsatz der Mittel zu kümmern und entsprechende nationale Pläne dafür auflegte. Nachdem man aber feststellen musste, dass sich das Land wirtschaftlich nicht weiterentwickelte, die von der Regierung angekündigten Reformen ausblieben und im Demokratisierungsprozess Rückschritte zu verzeichnen waren, erkannten Geber zunehmend die Notwendigkeit für Änderungen bei den Entwicklungshilfeprogrammen. So wurde beim Consultative Group Meeting, das im Dezember 2004 in Phnom Penh stattfand, die aktuelle Lage des Landes genau analysiert, um die Zusammenarbeit verbessern zu können. Die Gemeinschaft will in Zukunft mehr auf die Qualität als auf die Quantität der Unterstützung setzen.

Premierminister Hun Sen hatte in den letzten Jahren zwar zahlreiche Reformprogramme ins Leben gerufen, allerdings wurden diese nicht konsequent genug umgesetzt, sondern waren eher als Zugeständnisse an die Geberländer gedacht, um die Quelle der finanziellen Unterstützung nicht versiegen zu lassen. So die Einschätzung einiger unabhängiger Beobachter. So manövrierte sich Kambodscha immer mehr in eine Abhängigkeit vom Ausland, während dringend notwendige strukturelle Veränderungen nicht in Angriff genommen wurden und von den Gebern bisher auch nicht mit ausreichendem Nachdruck eingefordert werden. Vor allem die

---

<sup>24</sup> Siehe: Asian Development Outlook 2005. Quelle: <http://www.adb.org>

<sup>25</sup> Siehe: Cambodia Development Review, Volume 8, Issue 4. Quelle: <http://www.cdri.org.kh>

<sup>26</sup> Siehe auch: Südostasien aktuell, 1/2005, Dok. 18, „Historische Wende für die kambodschanische Textilindustrie?“

Landbevölkerung hatte und hat unter dieser Regierungspolitik zu leiden und ist immer mehr von Armut und Hunger betroffen. Da ein Ende dieses Negativtrends nicht absehbar ist, haben sich die Geberländer entschlossen, ihre finanzielle Unterstützung für 2005 um rund 130 Millionen auf 504 Millionen US-Dollar zu reduzieren und die Vergabe von Geldern an Bedingungen zu knüpfen, um Verbesserungen zu erreichen. Diese Maßnahmen richten sich vor allem an Premierminister Hun Sen, der stärker gegen Missmanagement und Korruption innerhalb der eigenen Reihen und des öffentlichen Dienstes im allgemeinen vorgehen muss, um die geforderte Performanz nach den Normen „guter Regierungsführung“ zu leisten. Ohne Reformen in der Verwaltung wird die Verteilung der Gelder weiter ineffizient und wenig transparent bleiben und dazu führen, dass sich das System von Paternalismus und Korruption im Umgang mit öffentlichen Ressourcen verfestigt<sup>27</sup>. Um die genannten Forderungen zu implementieren, bedarf es einer konstruktiven Regierungspolitik, in die auch Vertreter der Kommunen, der Opposition und NRO miteinbezogen werden müssen. Denn nur wenn die aktuelle Entwicklung rückgängig gemacht und ein Neuanfang entschlossen angegangen wird, kann dies eine Signalwirkung an ausländische Investoren haben und langfristig die Abhängigkeit von Entwicklungshilfegeldern reduzieren<sup>28</sup>. Auch Deutschland hat bei dem Treffen der Geberländer beschlossen, mit seiner finanziellen Unterstützung (rund 14 Millionen Euro für 2005) vor allem die Reformvorhaben voranzubringen. Dazu gehören Projekte wie Dezentralisierung, Landmanagement und Aufbau von Katasterämtern sowie Gleichstellungsrechte von Frauen<sup>29</sup>.

#### **4. Der Kampf der Regierung gegen die oppositionelle Sam Rainsy Party (SRP)**

Unmittelbar nach der Regierungsbildung im Juli 2004 begann Premierminister Hun Sen einen Feldzug gegen die Oppositionspartei, der darin mündete, dass einer Gruppe von SRP-Abgeordneten vorgeworfen wurde, einen bewaffneten Staatsstreich vorzubereiten – eine Anschuldigung, die lediglich auf Aussagen von drei „gekauften“ Zeugen beruht und angesichts der vorausgegangenen Versuche in den Vorjahren<sup>30</sup>, die Partei mit allen Mitteln und verschiedenen Komplotts zu schwächen, keine Glaubwürdigkeit besitzt. Die Regierung nahm diesen Vorwurf aber zunächst zum Anlass, im Februar 2005 die parlamentarische Immunität von Cheam Channy, Chea Poch sowie Parteigründer Sam Rainsy aufzuheben. Als Cheam Channy nur wenige Tage später widerrechtlich durch die Militärpolizei verhaftet wurde, flüchteten die anderen beiden Abgeordneten aus Angst, ebenfalls festgenommen zu werden, ins Ausland. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit war es der Regierungskoalition bereits zuvor gelungen, die SRP durch einen Mehrheitsbeschluss des Parlaments aus allen Fachkommissionen auszuschließen und somit deren demokratische Kontrolle und über Gesetzesvorhaben und Mitsprache bei Reformvorschlägen außer

---

<sup>27</sup> Schätzungen der U.S. Agency for International Development zufolge kostet die Korruption den kambodschanischen Staat rund 300 bis 500 Millionen US-Dollar pro Jahr.

<sup>28</sup> Siehe: “Cambodia at the Crossroads”. A Report by the World Bank for the Cambodia Consultative Group Meeting Phnom Penh, December 6-7, 2004. Quelle:

[http://www.cambodiapolitics.org/IMF/world\\_bank.pdf](http://www.cambodiapolitics.org/IMF/world_bank.pdf)

<sup>29</sup> Quelle: Auswärtiges Amt

<sup>30</sup> Siehe Anhang / Link: “Hun Sen’s langer Kampf gegen die Opposition”

Kraft zu setzen<sup>31</sup>. Diplomatische Vertreter äußerten sich besorgt über diese Entwicklung und unterstützten die Forderung König Sihanouks nach Wiederherstellung der Immunität. Hun Sen, der mit diesem Fall die Grenzen seines autokratischen Führungsstils austesten will, wies jegliche Schuld von sich und machte die Koalitionspartei FUNCINPEC für die Entscheidung verantwortlich, da deren Vertreter die unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehaltene Abstimmung über die Aufhebung der Immunität initiiert hatten. Letztendlich liegt es aber hauptsächlich in Hun Sens Interesse, sich der regierungskritischen Oppositionspolitikern zu entledigen, die einst seine Verwicklung in den Korruptionsskandal im Zusammenhang mit der Demobilisierung/Entwaffnung von Armeeeinheiten und die dafür fließenden Gelder der Weltbank nachweisen konnten. Dabei erweist ihm der kleine Koalitionspartner einen "willkommenen Dienst". Klar dürfte wohl sein, dass diplomatisch vorgebrachte Sorgenfalten längst nicht mehr die notwendigen Wirkungen zeigen.

Rainsy machte seit Februar unterdessen auf Informationsreisen in den USA, Japan, Südostasien und Europa auf die höchst problematische Entwicklung aufmerksam und rief die Geberländer dazu auf, den Demokratisierungsprozess stärker zu begleiten. Die internationale Gemeinschaft müsse Zahlungen von der Einhaltung der Menschenrechte und demokratischer Mindeststandards abhängig machen, forderte der SRP-Vorsitzende bei einem Gespräch mit dem Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Zudem zeigte sich die Partei sehr besorgt über den immer noch inhaftierten Abgeordneten Cheam Channy, da nicht auszuschließen war, dass Channy Aussagen abgepresst würden, um Rainsy zu belasten. Inzwischen ist Channy in einem Schauprozess zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Sam Rainsy wird in Kambodscha unter anderem der Verleumdung beschuldigt, da er Prinz Norodom Ranariddh, Chef der FUNCINPEC, wegen Korruption angezeigt hatte. Darüber hinaus hatte Rainsy bereits vor Jahren ein Verfahren gegen Premierminister Hun Sen angestrengt, in dem dieser damit belastet wird, 1997 einen Granatenanschlag auf eine Wahlveranstaltung der SRP verübt zu haben. Während die Anklage gegen Hun Sen in Kambodscha fallen gelassen wurde, ermitteln die Behörden in diesem Fall in den USA weiter. Momentan können die im Exil lebenden SRP-Abgeordneten nicht zurück nach Kambodscha, da ihre Zukunft dort weiter ungeklärt ist. Zudem drohen Rainsy im Falle einer Verurteilung durch die als nicht unabhängig geltenden kambodschanischen Gerichte eine hohe Geld- sowie eine langjährige Haftstrafe, durch die die Opposition im Hinblick auf die Wahlen 2008 gelähmt werden soll. Rainsy appelliert aus diesem Grund an die westlichen Regierungen, Druck auf die Regierung in Phnom Penh auszuüben. König Sihamoni hätte zwar die Möglichkeit, Sam Rainsy zu begnadigen. Allerdings wäre eine Begnadigung nur dann eine Lösung, wenn für ihn keine Gefahr mehr besteht, durch eine unter Druck entstandene Aussage des inhaftierten Cheam Channy zum Vorwurf des geplanten Staatsstreiches belastet zu werden<sup>32</sup>.

## **5. Der Grenzkonflikt zwischen Kambodscha und Vietnam**

Die 1939 vom französischen Kolonialverwalter Jules Brevié festgelegten Grenzen zwischen Kambodscha und Cochinchina, dem heutigen südlichen

---

<sup>31</sup> Siehe: Das Parlament, Nr. 13, "Recht auf Immunität wiederherstellen" (29.03.05)

<sup>32</sup> Siehe: taz, "Deutscher Druck auf Kambodscha gefordert" (19.02.05)

Vietnam, haben über Jahrzehnte hinweg für politischen Konfliktstoff gesorgt. Eine Neuordnung war 1982 im Zuge der vietnamesischen „Befreiungsokkupation“ vertraglich zwischen der damaligen Regierung der Volksrepublik Kampuchea (VRK), die von den UN nicht anerkannt war, und der vietnamesischen Regierung vereinbart worden. Die Vereinbarungen können als Schuldendienst der VRK gegenüber dem vietnamesischen Verbündeten betrachtet werden. In den Jahren 2004 und 2005 flammten erneut hitzige Diskussionen um Gebietsansprüche auf. Vor allem der im Oktober 2004 abgetretene König Sihanouk machte sich von seinem selbstgewählten Exil in Peking aus für neue Verhandlungen sowohl über die See- als auch die Landgrenzen stark. Die Lösung dieses Problems der territorialen Integrität Kambodschas gilt dem Königvater als letzter Wunsch oder letzter Wiedergutmachungsdienst an seinem Volk. Auf tatkräftige Hilfe durch die Regierung kann er dabei allerdings nicht zählen. Denn mit dem im April 2005 gegründeten "Supreme National Council on Border Affairs" verfolgt die CPP vor allem das Ziel, in aller Öffentlichkeit Entschlossenheit unter Beweis zu stellen, die Grenzführung zu legitimieren und sich dadurch aus dem Schuldendienst der Vietnamesen zu entlassen. Der Kreis der Verhandlungsführer sollte so klein wie möglich gehalten werden, denn nur so kann der Bevölkerung verheimlicht werden, wie viel Land man seit 1979 letztendlich an die vietnamesischen Besatzer abgetreten hatte - ein Vorgang der sich unter anderem auf die große Abhängigkeit der ehemals kommunistischen CPP vom unterstützenden Nachbarland zurückführen lässt<sup>33</sup>. Der Border Council gilt also mehr als ein Zugeständnis an den 82-jährigen Sihanouk. Erfolgreiche Verhandlungen können vorerst nicht erwartet werden, da der Königsvater die Leitung von Peking aus übernommen hat und die CPP in Phnom Penh nicht bereit ist, kompetente Experten in das siebenköpfige Gremium mit aufzunehmen. So wurde auch Sean Pengse, der Präsident des in Paris ansässigen "Cambodia's Border Committee" erst nach langem Drängen durch Sihanouk die Teilnahme am ersten Treffen gewährt. Pengse gilt als einer der führenden Sachverständigen auf diesem Gebiet, der auf eine langjährige wissenschaftliche Forschung verweisen kann und dessen Hilfe man in dieser äußerst komplizierten Angelegenheit gut gebrauchen kann<sup>34</sup>, denn die zu Kolonialzeiten festgelegten Grenzen beruhen zum Teil auf ungenauen Karten. Darüber hinaus wurden Grenzsteine entfernt, Markierungsflaggen versetzt und in den Plänen eingezeichnete Bäume abgeholzt. Ähnliche Veränderungen gab es an der Grenze zu Thailand und so kam es schließlich, dass sich beide Linien um bis zu 10 Kilometer verschoben haben und ehemals kambodschanische Dörfer nun in Thailand oder Vietnam liegen, was bereits heftige Konflikte hervorgerufen hat.

Kambodschas Nachbarn haben sich bislang noch nicht zum "Border Council" geäußert und über ihre Verhandlungsbereitschaft lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nur spekulieren. Analysten erklären das Projekt aber bereits jetzt für gescheitert. Bereits beim ersten Treffen am 11. Mai beklagte sich Sihanouk darüber, dass dem Rat jegliche Machtbefugnisse fehlten und das Gremium für die Regierung nur eine untergeordnete, beratende Rolle spiele. Da mit einem zweiten Treffen frühestens im Herbst 2005 gerechnet wird und Premierminister Hun Sen immer noch un-

---

<sup>33</sup> Siehe: Khmerintelligence.com, "CPP's strategy to tackle border issue" (16.05.05)

<sup>34</sup> Siehe: Khmerintelligence.com, "Border Council: A government concession to the King-Father" (22.04.05)

ter starkem Einfluss von Vietnam stehen und somit kein Interesse an Veränderungen haben soll, halten Beobachter die Bemühungen des ehemaligen Königs für zwecklos<sup>35</sup>.

#### **6. Der "Sub-Decree on land concessions" und seine Umsetzung**

Die Entwicklung des sub-decrees wurde bereits 2002 beim Consultative Group Meeting vereinbart, um den massiven großflächigen Landraub zugunsten agro-industrieller Projekte und die damit verbundenen negativen Folgen für die Landbevölkerung und die Biodiversität einzudämmen. Bislang war es chinesischen Geldgebern in Verbindung mit kleinen korrupten Eliten aus dem Umfeld des Premierministers Hun Sen sowie einer Gruppe von Tycoons möglich, Naturwald einschließlich Naturschutzgebiete, Siedlungsland und Indigenengebiete in Monokulturen umzuwandeln. In geheim unterzeichneten Verträgen wurde die Rodung von hunderttausenden Hektar Waldfläche beschlossen, ein Akt, der nach kambodschanischem Recht illegal ist. Der offensichtlichste Verstoß ist dabei die Missachtung der Maximalgröße für Landkonzessionen unter dem Landgesetz. Diese beträgt 10.000 Hektar, einige der Verträge umfassen aber eine Fläche von mehr als 300.000 Hektar. Zudem regt sich massiver Widerstand in Gebieten, in denen die Landbevölkerung bereits Opfer der Umwandlung geworden ist und sich an den Landraub und die Zwangsarbeit unter dem Khmer Rouge Regime erinnert fühlt. Doch der Protest wird oft durch Militäreinheiten, die von chinesischen Investoren und ihren kambodschanischen Partnern angeheuert werden, unterdrückt. Obwohl lokale Behörden und auch die UN-Menschenrechtskommission diese Entwicklung ebenfalls als eine Zerstörung von Lebensgrundlagen und Gefährdung der Stabilität des Landes ansehen, verhalte ihre Kritik ungehört, da sie nicht in den Entscheidungsprozess eingebunden sind<sup>36</sup>.

Der "Sub-Decree on land concessions", wie er von der Gebergemeinschaft in Auftrag gegeben wurde, sollte die genannten Missstände beenden und die Lücke im Landgesetz schließen, indem eine Reduzierung auf nicht mehr als 10.000 Hektar umfassende Landkonzessionen vorgeschrieben wird. Doch unter dem enormen Druck der Geschäftsinteressen der beteiligten Elite hat das Landministerium innerhalb kürzester Zeit einen Erlass entwickelt, der die bestehende Gesetzgebung weitgehend aushebeln und den Status quo legitimieren würde.

Insbesondere die Geberländer sind jetzt gefordert, da sie ein besonderes Interesse daran haben sollten, dass bereits erreichte Erfolge in der Landreform nicht durch die Hintertür ausgehebelt werden. Sie haben Gelder für dieses Projekt bereitgestellt und sind somit als einzige Gruppierung in der Position, entscheidenden Einfluss auf die Machthaber in Phnom Penh auszuüben. Zudem würden sie im Falle einer Verabschiedung des Gesetzes eine große Mitschuld an den beschriebenen Folgen tragen, da sie bereits im Vorfeld über die Inhalte des Entwurfs und die möglichen Konsequenzen informiert worden sind.

---

<sup>35</sup> Siehe: AFP.com, "Cambodia's ex-king stakes out final battle on borders" (16.05.05)

<sup>36</sup> Siehe: UN Cambodia Office of the High Commissioner for human rights, "Land concessions for economic purposes in Cambodia. A human rights perspective." (November 2004).

## 4. Malaysia

### 1. Malaysia nach der Ära Mahathir Mohamad

Nach knapp einem Jahr Amtszeit tritt Premierminister Abdullah Badawi langsam aus dem Schatten seines übermächtigen Vorgängers Mahathir Mohamad heraus. Auch wenn sich durch das relativ schlechte Abschneiden des Oppositionsbündnisses Barisan Alternatif bei den Wahlen im März 2004 (siehe PJB 2003/04) die Zugänge und Spielräume für Lobbyarbeit in Regierungskreisen verengt haben, so zeigt die Regierung des neuen Premierministers eine größere Offenheit für die Belange und Kritik der NRO als ihre Vorgängerregierung. Und auch eines der größten Probleme des Landes - die auf allen Gesellschaftsebenen stark verbreitete Korruption - wurde von Badawi in Angriff genommen, wenn auch nur mit bislang mäßigem Erfolg (siehe Kap. 6). Ein weiterer Streitpunkt ist das Verhältnis zwischen Staat und Islam. Nachdem in der Ära Mahathir dem muslimisch-malaysischen Bevölkerungsteil zahlreiche Privilegien eingeräumt wurden, hat sich eine Kluft zwischen den unterschiedlichen Ethnien des Landes aufgetan. Hier gilt es, mit viel Fingerspitzengefühl einen Weg zu finden, der die verschiedenen Gruppierungen wieder zusammenführt. Badawis Ansatz einer moderaten Islamisierung des Landes kommt dieser Aufgabe entgegen, allerdings hat er diesen gegenüber der Oppositionspartei PAS zu verteidigen, die eine weitaus dogmatischere Haltung einnimmt (siehe Kap. 3 und 4).

### 2. Die Wirtschaftspolitik Badawis

Die malaysische Wirtschaft hat sich von der Asienkrise und der Rezession im Jahre 2001 gut erholt. So ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr unerwartet kräftig um 7,1 Prozent gewachsen (2003= 5,2). Regierungschef Badawi führt den Kurs seines Vorgängers Mahathir fort und versucht, Aufgaben der öffentlichen Hand nach und nach auf inländische Privatinvestoren zu übertragen. Bestes Beispiel für diese Strategie ist die umstrittene Privatisierung der Wasserversorgung (siehe Abschnitt 9). Um die wirtschaftliche Entwicklung weiter anzukurbeln, wird von Seiten des Staates im Jahre 2005 vor allem in den Transportsektor, das Sozialwesen und die Landwirtschaft investiert. Vor allem die Tatsache, dass Malaysia noch Nettoimporteur von landwirtschaftlichen Produkten ist, war ausschlaggebend für die höhere Unterstützung der Agrarwirtschaft (siehe Abschnitt 8). Dagegen wurden die Ausgaben für den Erziehungssektor, der in den vergangenen Jahren intensiv gefördert wurde, erstmals gekürzt<sup>37</sup>. Die geplante Nord-Süd-Eisenbahn, ein Großprojekt, das in den letzten Jahren der Mahathir-Regierung noch an Richtlinien vorbei an befreundete Konzerne vergeben worden war, wurde vorerst auf Eis gelegt, was Einsparungen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro zur Folge hat. Zusätzlich plant die Regierung, zum Januar 2007 eine Steuer auf Waren und Dienstleistungen einzuführen, die mit einer allgemeinen Steuersenkung für Privatpersonen und Unternehmen einhergehen soll. Eine aus NRO, Gewerkschaften und Parteien bestehende Gruppe hat daraufhin ein Protest-Memorandum verfasst und es im Oktober 2004 Finanzminister Abdul Rahim Abdul übergeben. Die Gegner befürchten, dass sich die Steuer vor allem nachteilig auf Geringverdiener auswirken wird. Diese Gruppe lebt ohnehin in vielen Fällen schon am Existenzminimum, da es in Malaysia keinen staatlich festgelegten Mindest-

---

<sup>37</sup> Siehe: Wirtschaftsdatenblatt Malaysia. Quelle: [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

lohn gibt. Premier Badawi versicherte zwar, dass für die Bevölkerung keine Nachteile entstehen würden, vergleichbare Fallbeispiele aus Neuseeland oder Australien haben aber gezeigt, dass eine solche Steuer die Kluft zwischen Armen und Reichen vergrößert<sup>38</sup>.

### **3. Die islamistische PAS nach den Wahlen**

Die Parti Islam SeMalaysia (PAS) musste bei den Parlamentswahlen vom März 2004 eine schwere Niederlage einstecken. Sie kommt nunmehr auf nur noch sieben Sitze im nationalen Parlament und musste zudem die Kontrolle über einen der zwei bisher von ihr regierten Bundesstaaten im Norden des Landes abgeben. Dabei können mehrere Gründe für den Wahlausgang ausgemacht werden. Die Regierung Badawi hatte mit allen möglichen Tricks, unter anderem einem Neuzuschnitt der Wahlkreise, gearbeitet, um die Wahl vorzubereiten. Zusätzlich konnte sie sich der Unterstützung der meist unter Regierungskontrolle stehenden Medien sicher sein. Aber auch ohne diese Faktoren hätte Badawis United Malays National Organisation gewonnen, denn vor allem die jüngeren Malaien hatten die Vetternwirtschaft von Vorgänger Mahathir satt und orientierten sich an den Versprechungen der UMNO. Gleichzeitig verstörte die PAS alle moderaten Muslime mit ihrer stark fundamentalistisch geprägten Wahlkampagne. So war die Frage, wie islamisch die malaysische Gesellschaft werden sollte, eines der Hauptthemen im Land. Die PAS griff in ihrem Wahlkampf Badawi in diesem Punkt mehrfach an, so wurde beispielsweise seiner Frau vorgeworfen, dass sie in der Öffentlichkeit häufig ohne Kopftuch auftrete. Auch die Zerstrittenheit und Orientierungslosigkeit innerhalb und zwischen den Oppositionsparteien war für eine Schwächung in diesem Ausmaß verantwortlich<sup>39</sup>. Bis heute hat die PAS noch keinen adäquaten Nachfolger für den im Juni 2002 verstorbenen Parteiführer Fadzil Noor gefunden. Zwar hatte Abdul Hadi direkt nach dem Tod Noors das Amt des PAS-Präsidenten übernommen, doch seit diesem Tag kann sich die Partei in der substanziellen Frage ihrer inhaltlichen und politischen Ausrichtung nicht einigen. Das Misstrauen zwischen alten und jungen Parteimitgliedern erschwert diesen Orientierungsprozess erheblich, der natürlich auch der Öffentlichkeit und damit potenziellen Wählern nicht verborgen bleibt. Radio Australia meldete Anfang Juni des Berichtsjahres, dass sich Anwar Ibrahim, der Erzrivale Mahathirs, bereit erklärt hatte, diese Funktion zu übernehmen. Bis 2008 ist er allerdings noch für öffentliche Ämter gesperrt. Als im Februar von Seiten der Regierung über die Einrichtung einer überkonfessionellen Kommission für Glaubensfragen nachgedacht wurde, begrüßten einzelne PAS-Mitglieder diese Initiative, während sich die Partei dagegen aussprach, weil ein solcher Schritt an den Grundfesten des Islam rüttelte. Beobachter befürchten, dass die PAS zukünftig stärker nach religiösen als nach politischen Motiven handeln und sich damit in Hinblick auf die nächsten Wahlen in die Bedeutungslosigkeit manövrieren wird – eine vertane Chance in Hinblick auf die Demokratisierung des Landes<sup>40</sup>. Anwar Ibrahim als Anführer der Modernisierungsvorhaben der Partei verspricht allerdings eine spannende Zeit mit Blick auf die genannten Reformvorhaben der PAS.

---

<sup>38</sup> Siehe: Malaysiakini.com, "Memo: GST will burden the people" (20.10.04)

<sup>39</sup> Siehe: Südostasien aktuell, 3/2004, Ü 17, "Die Parlamentswahlen vom 21. März 2004"

<sup>40</sup> Siehe: Malaysia-Today.net, "Committing political suicide" (25.02.05)

#### **4. Die Rolle des Islam**

Malaysias Premierminister Abdullah Ahmad Badawi, der auch gleichzeitig Vorsitzender der "Organisation of the Islamic Conference, OIC" ist, forderte die muslimischen Länder dazu auf, sich ausdrücklich gegen militanten Extremismus auszusprechen, um das Ansehen des Islams in westlichen Ländern zu verbessern. Badawi machte die Muslime genauso wie die Nicht-Muslime für die Missinterpretation des Dschihad verantwortlich, der oft als religiöse Rechtfertigung für Gewalt missbraucht werde.

In der OIC sind 57 Nationen vertreten. Die Organisation vertritt rund 1,3 Milliarden Muslime und ist damit die größte ihrer Art. Aufgrund ihrer institutionellen Machtlosigkeit wird sie vom Westen aber größtenteils ignoriert<sup>41</sup>. In Malaysia selbst ist seit den Wahlen im April 2004 eine deutliche Schwächung des Islamismus zu verspüren, da der Einfluss der fundamentalistischen PAS zurückgegangen ist und die Politik der führenden UMNO und des laizistischen Premiers Badawi auf einer weitaus moderateren Islaminterpretation basiert. Dennoch prägt der seit langer Zeit andauernde Islamisierungsdiskurs die malaysische Politik nach wie vor sehr stark, was die Spannungen zwischen muslimischen Malaien und den Angehörigen anderer ethnischer Gruppen zunehmend vertieft und neue Probleme aufwirft.

#### **5. Menschenrechte und Pressefreiheit**

In Malaysia sind die bürgerlichen und politischen Freiheiten auch nach dem personellen Wechsel in der Führung des Landes stark eingeschränkt. Die Regierung gibt sich zwar weltoffen und die zahlreich vertretenen westlichen Firmenniederlassungen bestätigen diese Haltung, doch gegenüber der eigenen Bevölkerung sind Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. So werden nicht selten der Opposition angehörende Politiker in Vorbeugehaft genommen oder sogar ohne zeitliche Begrenzung inhaftiert, wenn sie der Regierung gefährlich werden könnten. Dabei kommt es auch zur Anwendung von Folter, um Geständnisse zu erzwingen. Auch Anwar Ibrahim, der am 02. September 2004 freigelassene ehemalige Vize-Premierminister<sup>42</sup>, berichtet von Misshandlungen während seiner Haft. Der zum damaligen Zeitpunkt befehlshabende oberste Polizeichef des Landes gab anschließend vor Gericht zu, hierfür verantwortlich zu sein. Er wurde auf Grund der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit, die dieser Fall hervorrief, verurteilt. Für weniger prominente Gefangene erweist sich die Situation aber nach wie vor als aussichtslos, Gerechtigkeit zu erlangen. Die aktuelle Gesetzeslage, die sich oftmals nur auf sehr unspezifische Tatbestände beschränkt, begünstigt diese Verstöße gegen das Menschenrecht. Und auch auf die Richter ist nicht unbedingt Verlass, da in politisch brisanten Fällen ihre Unabhängigkeit nicht garantiert werden kann<sup>43</sup>.

---

<sup>41</sup> Siehe: Bangkok Post, "Abdullah lambastes extremism" (28.01.05)

<sup>42</sup> Ibrahim wurde im April 1999 unter dem Vorwurf des Machtmissbrauchs und homosexueller Aktivitäten zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Im September 2004 ließ Malaysias oberstes Gericht die Reststrafe jedoch fallen, nachdem der neue Premier Badawi die Angelegenheit zur Chefsache erklärt und sich im Hinblick auf das internationale Interesse am Fall für eine Freilassung ausgesprochen hatte. Die Verurteilung wegen Korruption blieb hingegen bestehen und verbietet Ibrahim die Übernahme eines politischen Amtes bis zum Jahre 2008.

<sup>43</sup> Siehe: Amnesty International, Länderkurzbericht Malaysia (01.01.05). Quelle: [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de).

Auch für die Medienfreiheit sind keine positiven Veränderungen zu verzeichnen. Trotz Badawis toleranterer Einstellung gegenüber kritischen Stimmen bleiben die rigorosen Gesetze, die bestimmte Arten der Meinungsäußerung verbieten, nach wie vor in Kraft. Verstöße gegen den "Printing Presses and Publications Act" werden mit dem Entzug der Publikationslizenz geahndet, die jährlich erneuert werden muss. Galt das Internet bislang als einzige Möglichkeit, kritischen Journalismus zu praktizieren, so scheint sich mittlerweile auch hier die Situation zu verschlechtern. Journalistenvereinigungen berichten von Gefängnisstrafen für Webmaster, die regierungskritische Artikel auf ihren Seiten veröffentlicht hatten; die Redaktionen von Malaysiakini.com und Malaysia-Today.com stehen schon seit langem unter strenger Beobachtung und müssen jederzeit mit Durchsuchungen und der vorübergehenden Sperrung ihrer Server rechnen. So verwundert es kaum, dass Malaysia im internationalen Ranking der unabhängigen Organisation Freedomhouse gesunken ist und die Presse erstmalig als "not free" eingestuft wurde<sup>50</sup>.

## **6. Bekämpfung der Korruption**

Auch anderthalb Jahre nach dem Amtsantritt von Abdullah Badawi ist in Malaysia - trotz anders lautender Ankündigungen - von der angekündigten Bekämpfung der Korruption nicht allzu viel Konsequenz zu spüren. Höchstwahrscheinlich sind in naher Zukunft auch keine positiven Veränderungen zu erwarten, da die politische Führung des Landes bislang selbst mit schlechtem Beispiel vorangeht. So berichten zwei NRO, dass der Premierminister vor seiner Wahl in Bestechungsaffären verwickelt gewesen sein soll. Die Tatsache, dass mit allen nur möglichen Tricks, beispielsweise mit Stimmenkauf und der geographischen Veränderung von Wahlkreisen, gearbeitet wurde, um den Wahlsieg der Barisan Nasional zu sichern, steht außer Frage<sup>44</sup>, vom knapp angesetzten Wahltermin, der einen echten Wahlkampf faktisch ausschloss, ganz abgesehen. Badawi reagierte auf die Vorwürfe und ließ über einen Sprecher verkünden, dass er nicht vorhabe, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen und statt dessen den Blick lieber in die Zukunft richten werde<sup>45</sup>. Kritiker halten die wenigen Verurteilungen in vergleichsweise kleinen Fällen für Ablenkungsmanöver, die lediglich den Eindruck der Korruptionsbekämpfung vermitteln sollen. Die Realität sieht anders aus. So sollen staatliche Beamte, die Bestechungsversuche innerhalb der eigenen Behörde angezeigt hatten, mit Versetzung oder Frühpensionierung für ihre "Zivilcourage" bestraft worden sein. Auch der Index der Organisation Transparency International spricht eine deutliche Sprache. Einerseits steht Malaysia im Vergleich zu seinen südostasiatischen Nachbarländern beim Ausmaß der Korruption immer noch gut da, andererseits ist das Land in den vergangenen zwei Jahren im TI-Ranking von Platz 33 auf Platz 39 gesunken<sup>46</sup>. Das eigentliche Problem besteht dabei in der Struktur der Korruption, die sowohl den privatwirtschaftlichen als auch den öffentlichen Sektor auf allen Ebenen durchzieht. Dass selbst die Polizei - eigentlich mit der Bekämpfung beauftragt - Teil dieses Systems ist, musste mittlerweile auch die Royal Commission, die sich

---

<sup>44</sup> Siehe: Malaysiakini.com, "Pak Lah's corruption crackdown charade continues" (29.10.04)

<sup>45</sup> Siehe: Malaysiakini.com, "NGOs: Corruption must be fought, no matter when" (07.04.05)

<sup>46</sup> Siehe: Transparency International Corruption Perceptions Index 2002-2004. Quelle:

[www.transparency.org](http://www.transparency.org).

des Übels angenommen hatte, öffentlich eingestehen<sup>47</sup>. Eine kurzfristige Verbesserung der Situation dürfte unmöglich sein, solange Korruption in den Köpfen der Menschen als normal oder notwendig angesehen wird. Letztendlich kann also nur durch langfristige Überzeugungsarbeit eine Veränderung der Moral in der Bevölkerung bewirkt werden, wobei vorausgesetzt werden muss, dass die Vorbilder ihre Funktion auch erfüllen.

#### **7. Umweltpolitik unter Abdullah Badawi**

Durch seine schnelle Modernisierung ist Malaysia, ähnlich wie Thailand, einem rapiden Wandel mit nicht nachhaltigen Entwicklungsprämissen ausgesetzt. Vor allem die ländlichen Gemeinden haben unter diesem Prozess zu leiden, da sie in einer engen Beziehung zur Umwelt stehen und ihre natürlichen Ressourcen bedroht sind. Nachdem diese „Kehrseite des Fortschritts“ - ungeachtet der malaysischen Unterzeichnung der Agenda 21 - von der Regierung Mahathir politisch kaum berücksichtigt worden war, hat sein Nachfolger Badawi einen relativen Richtungswechsel eingeleitet. So wurde bei der Erstellung des „Neunten Malaysia Plans“ (2006-2010) explizit die Miteinbeziehung von NRO in den Bereichen Umwelt und Natürliches Ressourcenmanagement von Seiten der Wirtschaftsplanungskommission erwünscht. Zusätzlich wurde ein eigenes Ministerium für Naturressourcen und Umwelt eingerichtet, das in relativ engem Dialog mit NRO stehen soll. Doch nach nur knapp einem Jahr ist bei den beteiligten Umweltschutzgruppen Ernüchterung eingetreten, da sich ihre Beteiligung bislang in den meisten Fällen auf das bloße Einreichen von Dossiers und Fallstudien beschränkt hatte<sup>48</sup>. Zudem spekuliert Umweltminister Adenan Satem auf den Posten des Chief Ministers der Provinz Sarawak und beschäftigt sich mehr mit den potenziellen Wählern als mit umweltpolitischen Problemen.

#### **8. Förderung des Agrarsektors**

Im September 2004 hat die malaysische Regierung beschlossen, die Agrarwirtschaft stärker zu fördern und somit die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten zu verringern. Die Strategie basiert auf drei Maßnahmen: Einerseits werden Landwirte direkt materiell unterstützt und ihnen das nötige Know-How vermittelt, um ihre Produktivität zu steigern. Auf der anderen Seite versucht man, private Investoren für den Sektor zu finden und für beide Parteien eine Win-Win-Situation zu erreichen. Gleichzeitig wird aber auch ein Großteil der zu Verfügung stehenden Gelder für den Ausbau der landwirtschaftlichen Infrastruktur verwendet, mit dem Ziel, die Landwirte langfristig von staatlicher Unterstützung unabhängig zu machen.

#### **9. Zentralisierung der Wasserversorgung**

Das malaysische Parlament hat Anfang 2005 ein Gesetz verabschiedet, das die Regierung dazu ermächtigt, die Wasserversorgung der Föderation zentral zu koordinieren - eine Aufgabe, die bislang die Einzelstaaten übernommen hatten. Dies bedeutet, dass von Kuala Lumpur aus die Aufbereitung, die Verteilung und der Verkauf des Wassers gesteuert und kontrolliert werden soll. Die Maßnahme hat zum Ziel, die Versorgungs- und Qualitätsstandards zu verbessern und die Wasserwirtschaft auf eine

---

<sup>47</sup> Siehe: Malaysiakini.com, „Time up for culture of corruption“ (23.08.04)

<sup>48</sup> Information der Partnerorganisation CAP

vollständige Privatisierung vorzubereiten<sup>49</sup>. Hinter diesen Plänen verbergen sich allerdings nicht nur malaysische Interessen, sondern auch die der "Global Water Partnership". Die GWP ist eine unternehmerfreundliche Ideenschmiede, die von der EU, der International American Development Bank und einer Reihe europäischer Regierungen finanziert wird und sich für öffentlich-private Joint Ventures stark macht<sup>50</sup>. Oppositionspolitiker und Bürgerrechtsgruppen befürchten eine drastische Verteuerung des Wasserpreises, unter der vor allem die schlecht verdienenden Bevölkerungsschichten zu leiden hätten. Um die Ratifizierung der umstrittenen „Water Industry Bill“ doch noch zu verhindern, haben sich 26 Interessenverbände des Landes zur "Coalition Against Water Privatization" zusammengeschlossen, die unter anderem versucht haben, die am meisten von der Veränderung betroffenen Gruppen für das Thema zu sensibilisieren<sup>51</sup>. Die Regierung hat unterdessen einen Ausschuss eingerichtet, der sich mit den Bedenken der CAWP auseinandersetzt. Aus diesem Grund wurde die endgültige Entscheidung über die Privatisierung im April zunächst für unbestimmte Zeit vertagt, mit einem Ergebnis ist aber noch 2005 zu rechnen.

#### Wassermangel - Herausforderung an eine nachhaltige Zukunft:

Obwohl Malaysia zu den regenreichsten Ländern der Welt gehört, herrscht bereits seit einiger Zeit ein Wasserdefizit. So stieg die Nachfrage zwischen 1995 und 1999 um durchschnittlich 18 Prozent pro Jahr, während die Kapazität lediglich um 14 Prozent erhöht werden konnte. Auch in der Zukunft wird der Verbrauch allen Berechnungen zu Folge nicht sinken, so dass vor allem die Regionen mit Wassermangel mit Einschränkungen sowohl im wirtschaftlichen als auch im privaten Bereich rechnen müssen. Die Lösung dieses Problems stellt eine der wichtigsten Herausforderungen für Malaysia dar - eine Herausforderung, die man nicht ausschließlich Premier Badawi und seinen Ministern überlassen darf. Der wirtschaftliche Aufschwung in den vergangenen Jahren hat nicht nur in der Industrie, sondern auch bei der Bevölkerung zu einem verschwenderischen Umgang mit der Ressource Wasser geführt. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sich Vertreter aller drei Gruppen (Regierung, Wirtschaft, Bevölkerung) des Problems annehmen und einen Kompromiss finden, der alle zufrieden stellt. Zusätzlich zum öffentlich-privaten Management der Wasserversorgung gibt es auch noch die Möglichkeit einer „öffentlich-öffentlichen Partnerschaft“, die garantieren könnte, dass Gewinne wieder direkt in die lokalen Wassersysteme re-investiert und nicht zweckentfremdet werden<sup>52</sup>.

---

<sup>49</sup> Siehe: Südostasien aktuell 2/2005 (Dok. 21), "Wasserversorgung soll zentral gesteuert werden"

<sup>50</sup> Siehe: Asia Times Online, "Malaysia thirsty for water wealth" (10.03.05)

<sup>51</sup> Siehe: Inter Press Service News Agency, "Malaysian workers to march against privatisation" (29.04.05)

<sup>52</sup> Siehe: Charles Santiago (2004), „Privatisation vs. Public-Public-Partnership in Malaysia. Monitoring sustainability of globalization“, noch unveröffentlichte Studie im Rahmen eines Ländervergleiches zur Wasserprivatisierung in Malaysia, Thailand, Indonesien und den Philippinen.